

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lehrkinder, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (51k Dresden), Lillengasse Nr. 12

Insertionspreis pro dreizehnpaltiger Pettzelle 30 Pfg., für Mitgliederlisten 20 Pfg.

**Kollegen! Benutzt die Hochsaison zur Agitation in allen Fabrikbranchen! Lehrt auch die Arbeiterin, die heute des Unternehmers beste Stütze ist, den Kampf für ihre Interessen!**

## Die Entwicklung der deutschen Arbeitgeberorganisationen.

Die Lösung vom sozialen Frieden, die ein Jahrzehnt die sozialpolitische Theorie beherrscht hat, ist erschollen. Zwei bis an die Zähne bewaffnete Heere stehen die Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer einander heute gegenüber zu einem Kampfe, der erst mit der Umwandlung des Betriebsleiters aus einem ausbeutenden und selbstherrlichen Kapitalisten in einen Vertrauensmann der Arbeiter und der Gesellschaft, d. h. mit der Sozialisierung der Produktion sein Ende erreichen kann. Bis dahin gibt es mancherlei Stappen. Bis jetzt liegen wir noch ganz auf der kapitalistischen Seite der Entwicklung; der Unterschied, der heute vorhanden ist, ist der, zwischen dem unbeschränkten Herrschaft heischenden Scharfmachertum und den fortgeschrittenen Unternehmern, die in der Form des „konstitutionellen Systems“ Tarife mit ihren Arbeitern oder deren Organisationen vereinbaren und sich so durch geringe Zugeständnisse und die Anerkennung einer gewissen formellen Gleichberechtigung der Arbeiterschaft eine größere Ruhe im Betriebe und die minder opfervolle Erledigung der unvermeidlichen Streitigkeiten und Interessenkämpfe sichern. Leider ist diese Gruppe noch die kleinere; die große Mehrheit, und namentlich die maßgebenden und kräftigsten Schichten des Unternehmertums stehen noch hartnäckig auf dem Boden des wirtschaftlichen Absolutismus, des „Herrn im Hause“, und leben in jedem Erwachen von Selbstbewußtsein und Menschenwürde bei der Arbeiterschaft eine Auflehnung gegen ihre eigenen angestammten „Naturrechte“. So wird die Entfaltung immer größerer und leistungsfähigerer Kampforganisationen auf beiden Seiten immer mehr eine Sache der Notwendigkeit. Mit dem machtvollen Aufblühen der gewerkschaftlichen Organisation, die weit davon entfernt ist, in behaglicher Ruhe zu vegetieren, und sich an ihrer äußeren Größe genügen lassen, vollzieht sich, und noch weit umfassender und durchgreifender, der Ausbau der Unternehmerverbände und ihre Zuspitzung zur schärfsten Kampfbereitschaft.

Ein lehrreiches Bild dieser Entwicklung bietet eine Studie von Dr. Gerhard Kessler,\*) die zugleich zeigt, wie immer mehr Unternehmerverbände von ganz allgemeinem, verkehrspolitischen usw. Charakter den Kampf gegen „die unberechtigten Bestrebungen der Arbeiter“ in ihr Programm aufnehmen oder besondere Organe für diesen Zweck sich schaffen. Kessler zeigt, wie die Befestigung der alten zumstumpfen Zwangsorganisation durch die moderne Gewerkschaft den Organisationsgedanken nicht zerstört hat, wie vielmehr in üppiger Fülle Organisationen aller Art und für alle Schichten der Bevölkerung aus den Bedürfnissen des wirtschaftlichen Lebens neu erwachsen sind. So auch die Unternehmerverbände. Mit Kulmann scheidet er diese in zwei Gruppen, je nachdem die Unternehmer als Warenverkäufer (Anbieter) oder als Käufer (Abnehmer) auftreten. Anbietervereine sind die Verkaufssyndikate oder Kartelle, — Abnehmervereine die Einkaufsvereinigungen, die der Beschaffung der Rohstoffe und der unbesetzten Hilfskräfte (Maschinen usw.) dienen. 2. Die

Verbände, welche die Beziehungen zu den unentbehrlichen menschlichen Hilfskräften der Produktion regeln. Man sieht, die Arbeiter erscheinen hier nur als — leider — unentbehrliche Hilfskräfte für die Erzeugung von Mehrwert: ganz korrekt kapitalistisch.

Diese besondere Aufgabe der Regelung der Arbeitsverhältnisse entwickelt sich entsprechend der Entfaltung der Gewerkschaftsorganisation als deren kapitalistischer Gegenpol. Kessler unterscheidet zeitlich und sachlich verschiedene Gruppen von Unternehmervereinigungen, als deren jüngste der Arbeitgeberverband erscheint. Die erste nennt er Verkehrsvereine, die bis in die fünfziger Jahre zurückgehen und durch Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der aufstrebenden Großindustrie die Lebenslust schaffen helfen. Ihr folgen die Schutzgollvereine vom Anfang der sechziger Jahre an, dann, im Zusammenhang mit der Schutzgollpolitik seit 1879 die Kartelle — seit dem Ende der achtziger Jahre schließlich die Arbeitgeberverbände. Diese haben einige Vorkläufer, so den seit 1848 bestehenden deutschen Buchdruckerverein. Ebenso alt sind die neueren Organisationsbestrebungen der Buchdruckergehülfen — wie denn der Zusammenhang zwischen den beiderseitigen Organisationsbildungen unverkennbar ist. Die Unternehmer treten in der Regel als Widerstandsvereinigungen („Antistreibvereine“) gegen die zunächst hauptsächlich als „Streikvereine“ aufgefaßten Gewerkschaften auf. Als solche bilden sie sich vielfach aus schon bestehenden Unternehmervereinigungen heraus, meist aber sind es eigentümliche Bildungen, deren Entstehung durchaus parallel geht mit dem Wechselspiel der wirtschaftlichen Konjunktur, dem die an- und abwechselnde Streik- und Organisationsbewegung der Arbeiter entspricht. So entstanden von 1882 bis 1902 nach Kessler etwa 220 Arbeitgeberverbände, davon 26 im Jahre 1890. Dann folgt ein Abflauen auf 15 und 14, mit der später wieder einsetzenden Hochkonjunktur, für die genaue Zahlen leider noch nicht vorliegen, wieder eine Zunahme: für 1906 gibt K. weit über 100 neue an, so in den ersten elf Monaten allein 60 für das Baugewerbe und nicht weniger als 13 große Zentralverbände.

Je nach den in Frage kommenden Interessen sind es Orts-, Bezirk-, oder Landes- und Reichsverbände, teils für ein einzelnes Gewerbe, teils für eine Reihe oder sämtliche Branchen. Ueberhaupt ist charakteristisch die große Differenzierung der verschiedenartigen Unternehmerorganisationen je nach dem verfolgten Zwecke, der ja immer wieder eine andere Gruppe oder Glieder einer solchen interessiert. Dabei aber ergibt sich eine weitgehende Personengemeinschaft, derart, daß die maßgebenden Größen sich in einer Reihe verschiedener Vereine wiederfinden. So war Geheimrat Kirdorf Vorsitzender des Kohlen-Syndikats und zugleich an der Leitung des Dortmunder bergbaulichen Vereins und des Zentralverbandes deutscher Industrieller beteiligt, ähnlich die Herren Bued, Dr. Veumer u. a. Solche gewaltigen zusammenfassenden Verbände wie der Zentralverband, der Rheinisch-westfälische Verband „mit dem langen Namen“, der Verband sächsischer Industrieller, der Arbeitgeberverband für Hamburg-Altona, dem 24 Organisationen angehören, bildeten bis vor kurzem die Höhepunkte dieser Entwicklung.

Neuerdings aber hat sie einige weitere Stappen zurückgelegt: 1. Die planmäßige Begründung von Ortsvereinen nach gleichem Muster durch zentral-

fierte Branchenverbände (z. B. von 24 im Jahre 1904 gegründeten Arbeitgeberverbänden für das Baugewerbe, 21 auf Grund des 1899 geschaffenen Normalstatuts). 2. Die Zusammenfassung in zwei Riesenverbänden für das ganze Reich. 3. Die Schaffung von Streikentschädigungskassen. Veranlaßt durch den Kampf in der Grimmitzauer Textilindustrie, wo 7000 Weber fünf Monate mit Unterstützung der ganzen deutschen Arbeiterbewegung gegen das vereinigte und von der Staatsgewalt unterstützte Unternehmertum vergeblich um den Neinstundentag kämpften, bildeten sich im März 1904 im Anschluß an die zwei rivalisierenden großen Unternehmervereinigungen die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände (Zentralverband deutscher Industrieller) und der Verein deutscher Arbeitgeberverbände (Bund der Industriellen). Der „Hauptstelle“, die nur Großindustrielle, namentlich die „Schwere“ Kohlen-, Eisen- und Textilindustrie umfaßt, gehörten Ende 1905 51 Verbände mit 712 000 beschäftigten Arbeitern an, dem „Verein“, der neben der Großindustrie, insbesondere den Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, auch die Kleingewerbeverbände aufnimmt, 160 Organisationen mit 950 000 Arbeitern. Die Trennung beruht offenbar auf persönlichen und sonstigen Eifersüchteleien; im Wesen der rücksichtslosen Bekämpfung aller „unberechtigten“ d. h. aller über das Bestandenideal der Vergangenheit hinausgehenden Arbeiterbestrebungen, ebenso auch in der gleichmäßig betriebenen Aussperrungstaktik, dem Schwarzlistenwesen usw. sind beide Schöpfungen völlig gleichartig. Beide geben Presorganen heraus, unterhalten Streikschadenversicherungskassen und stehen auch in einem Kartellverhältnis behufs gegenseitiger Unterstützung.

Die Bewegung geht nun unaufhaltsam voran. Immer enger schließen sich die Maschen des Netzes, in dem die aufstrebende Gewerkschaftsbewegung erstickt werden soll; immer breiter wird die Unterlage, immer stärker der finanzielle Kraftaufwand. Dazu die freundwillige Hilfe der jeelenverwandten Staatsbehörden, der Segen der Kirchen, die fast ausnahmslose Unterstützung der bürgerlichen Presse, neuerdings auch noch die Schaffung gelber Arbeitervereine mit ihrem „nationalen“ Verbands; alles in allem eine gewaltige Macht!

Und doch wachsen auch diese Bäume nicht in den Himmel. Vielerorts sehen wir, wie im Unternehmertum die Scharfmacherkritik mit ihren ewigen Riesenaussperrungen aus kleinen Anlässen Mißvergügen, mitunter offenen Abfall weckt. Und der mächtige Fortgang der Gewerkschaften an Mitgliederzahl und innerer Kraft führt immer näher zu dem Zeitpunkt, wo die Unternehmer allerwärts, flug geworden durch Erfahrung, wenn auch zähneknirschend, sich zur Anerkennung der Arbeiterorganisation und zur Vereinbarung von Verträgen mit ihr herbeilassen müssen. Bis dahin wird es freilich noch schwere Kämpfe kosten, in denen die Klassenbewußte Arbeiterschaft gegen eine Welt offener Feinde und heimlicher Verräter und „Freunde“ im Felde stehen muß.

Und das schließliche Ergebnis wird im ganzen doch nur eine formelle Anerkennung der Gleichberechtigung, verbunden mit einigen wenigen wesentlichen Vorteilen sein. Die volle Ueberwindung des Feindes fordert eine Zusammenfassung und den planmäßigen Ausbau aller proletarischen Kräfte: Das enge Handinhandgehen der gewerkschaftlichen und der politischen Be-

\*) Die geschichtliche Entwicklung der deutschen Arbeitgeberorganisationen — Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 1907, 2. Heft.

wegung frei von veralteten, im Lohne der Schlacht sinnlos gewordenen Richtungsverschiedenheiten und verzerrten Sonderhändeln; die Erhebung des proletarischen Bewusstseins und die Veranlichung der Stehtragnarproletariat, der technischen und kaufmännischen Angestellten; schließlich auch die planmäßige Entwicklung der Konsumentenorganisation, die, wie der deutsch-österreichische Parteitag wieder richtig erkannt hat — eins der vornehmsten Schutzmittel gegen alle Verleumdungsbestrebungen, zugleich aber auch eine Grundlage selbständiger proletarischer Produzentenpolitik ist. Für Staballerianisten ist die Zeit vorbei. Aber die geeinigten Volksworte des Proletariats wird auch die stärkste Festung des Kapitals in unermüdlicher Arbeit niederwerfen.

### Das Verhältnis des modernen Proletariats zum Klassenstaate.

Ein Beitrag zur Arbeiterpolitik.

II.

Wie uns die Geschichte der Vergangenheit und der Gegenwart lehrt, befinden sich in jedem Staate Regierung und Volk in einem natürlichen Gegensatz. Da die Regierung als das ausführende Organ des Klassenstaates ist die Interessen der oberen Volksschichten vertritt, so wird sie, selbst in einem sogenannten freien Staate, einer demokratischen Republik, den Volksmassen sofort mit dem Schwerte in der Hand entgegenzutreten, wenn diese den Versuch machen, die bestehenden Eigentumsverhältnisse grundsätzlich umzugestalten. Sobald das Proletariat daran geht, der Ausbeutung auf der Seite zu rücken und um wirtschaftliche Vorteile zu kämpfen, arbeitet die Regierungsmaschine mit brutaler Gewalt dagegen an, um diese Emanzipationsbestrebungen niederzuschlagen. Dies geschieht ebenso im absoluten England wie im demokratischen Frankreich, in der freien Schweiz und in den amerikanischen Freistaaten — ein Beweis, daß die theoretische Freiheit und Gleichheit allein nur ein Schattengebilde ist, eine leere Hülle, die der erste beste Windstoß in die Luft verweht. Politische Freiheit und wirtschaftliche Macht müssen sich aber gegenseitig ergänzen. Dies hat das Klassenbewußte Proletariat Deutschlands erkannt und dadurch zum Ausdruck gebracht, daß es der politischen Arbeiterbewegung die Gewerkschaften und Genossenschaften angeschlossen hat, um auf diese Weise drei Eisen im Feuer zu haben.

Beide beobachten wir in den unteren Volksschichten eine bedauerliche Zerspaltung, die selbst dann ihre unheilvolle Wirkung ausübt, wenn es sich um die ureigensten Interessen der Volksmassen handelt. Dies liegt vor allem daran, daß die unteren Schichten viel mehr von Vorurteilen, Schlagworten und Programmsätzen beherrscht werden, als dies bei den oberen Schichten der Fall ist. Ist es nicht ein wahrer Skandal, daß die Arbeiter sich noch um solche Dinge gegenseitig zerfleischen, über die die Regierenden, wenn sie unter sich sind, hässlich lachen? Was kommt sich ein moderner Kapitalist oder ein Agrarier um Religion und religiöse Unterzünde? Die konservativen Junker angeht nach jüdischen Goldgräbern, die katholischen Kapuziner gehen mit den ewigen Hand in Hand, und selbst die Angehörigen der protestantischen Kirchen sind wie ein Heer, wenn sie dadurch Vorteile erlangen können. Aber die Arbeiter laufen Phantomen nach und bekämpfen sich bis aufs Blut, weil sie in der Religion einen Fetisch erblicken, vor dem sie knien wie die Wilden vor ihren Götzen. Die christlichen Arbeiter sind ja abgesehen von ihrer freien denkenden Massenorganisation, weil diese ihnen ihre „himmlische Religion nehmen wollen“. Und einer solchen Schandtat zuliebe wollen sie ihr Elend und ihre Knechtschaft verzeihen, sie wollen lieber Ausbeutungsgelüste haben und nach wie vor ein Hundeleben führen, wenn ihnen nur ihre Religion erhalten bleibt. Die mögen wohl die „oberen Hehler“ lachen über das fromme Gerede der christlichen Arbeiter, langwierig und unheimlich, um loszuerstehen und vor dem Verfall zu bewahren!

Ähnlich liegt es auch mit der politischen Unterzünde. In den höheren Schichten ist die politische Ueberzeugung ein Geschäft, die Kapitalisten sind halb monarchisch, halb republikanisch gesonnen, je nachdem es der Vorteil erfordert; die verschiedenen Konstitutionen stellen sich jeder Staatsform an, indem ihre Vertreter halt vor einem Scheitern auf dem Tische liegen und bald dem isomerischen Volk schweigen. Dann die demokratischen Junker, Könige bis auf die Knochen, erklären, sie wollen „ihre monarchische Regierung revidieren und unter die Sozialdemokraten geben“, wenn man ihnen keine höheren Gebührende bewilligt. Aber der mühselige Arbeiter, Jäger und Arbeiter der armen, unterdrückten Proletariat, hat Prinzipien, er kämpft unerschrocken für Thron und Altar, für Kaiser und Reich; er bewirkt keine andere denkende Umwälzung als die, daß er sich auf für Eigentum und Religion und Freiheit. Ein Bild zum Nachdenken, wenn es nicht gar zu wenig wahr ist! Das ist doch der Gipfel der Dummheit, daß Leute, die vor Hunger nicht in den Schlaf kommen können, sich als Stützen von Thron und Altar und als Hüter des Kapitalismus aufspielen!

Das gleiche der Religion betrachtet, so ist es eine bedauerliche Tatsache, daß die herrschenden Schichten und vor allem die Kapitalisten sich der Religion und des kirchlichen Glaubens als eines Fetters bedienen, um ihre Macht zu stärken und zu befestigen. Trotzdem sind die Arbeiter nicht, die die Herrschaft des Kapitalismus durch den Kampf auf dem Tische zu zerstören wollen, sondern sie wollen nur, daß übernatürliche Kräfte die Arbeiter nicht verlassen. In der Entwicklung und der Fortschritt der Arbeiter, in dem Emporkommen einer eigenen Klasse, die die brutale Gewalt und der verrottete Staat umgestaltet, danach aber nicht man es

das Bestehende als ein Produkt des göttlichen Willens, als eine göttliche Bestimmung hinzustellen. Und auf Grund einer Fälschung fordert man Achtung vor der bestehenden Ordnung und Gehorsam gegen die Befehle der Macht-haber. Dies haben alle Religionen miteinander gemein-sam, daß sie sich zu weltlichen Zwecken mißbrauchen lassen; daß sie den Despoten und Ausbeutern Helfershelfer leisten und den Unterdrückten Geduld und Entfugung predigen.

In dieser Beziehung spielt der Jenseitsglaube eine bedeutende Rolle, indem er die armen Volksmassen auf das bessere Jenseits verweist, während die oberen Schichten ihnen das Diesseits raubt. Solange die Unterdrückten diesem Glauben Gehör schenken, leisten sie dem Despoten, dem Ausbeutertum ohne Murren Gefolgschaft; sobald aber dieser Glaube ins Wanken gerät, werden die Massen auch auf politischem und sozialem Gebiet unruhig. Der Unglaube ist die Begleitererscheinung einer jeden aufstrebenden Volksbewegung, und das Schwinden des Autoritäts-glaubens auf religiösem und weltlichem Gebiete tritt zu gleicher Zeit ein. Das Wissen die Herren auch ganz gut, und deshalb treten sie dafür ein, daß dem Volke die Religion erhalten bleibe.

Umgekehrt hat eine um ihre Emanzipation ringende Klasse, also auch das moderne Proletariat, ein lebhaftes Interesse daran, religiöse Aufklärung in die Massen zu tragen und den Nimbus zu zerbrechen, den die Herrschaft mit schlauser Verechnung um die Religion und Gottheit gewoben hat. Die kämpfenden Proletarier müssen ihre Kollegen, die noch in den Banden religiöser Wahnvorstellungen liegen, darauf hinweisen, welche Rolle die Religion in den Klassenkämpfen spielt und stets gespielt hat. Sie müssen ihnen endlich auch die Motive enthüllen, aus denen der Eifer der Herrschenden für die Religion entvriegt, und sie müssen ihnen zugleich den Widerspruch zwischen christlicher Theorie und kapitalistischer Praxis klar machen. Und zwar müssen sie dies tun mit allem Ernst, der einer solch wichtigen Sache ziemt, ohne Gehässigkeit und Verhöhnung, unter Schonung der durch Gewöhnung lieb gewordenen Empfindungen. Im übrigen aber müssen sie sich auf die Fortschritte der Wissenschaft und der Technik verlassen, die ihnen helfen werden im Kampfe gegen Wahn und Irrtum.

Eine der charakteristischsten Erscheinungen der Neuzeit ist das Uebergreifen der industriellen und agrarischen Unternehmungen auf verschiedene Staaten. Während früher eine Unternehmung ausnahmslos auf das Gebiet eines einzigen Staates beschränkt war und höchstens in einem anderen Staate eine Niederlassung hatte, die sich niemals dem fremden Staatswesen angeschlossen, kennen wir heute zahlreiche Betriebe, die sich um die staatlichen Grenzen nicht im geringsten kümmern. Wir kennen Agrarier, die in Deutschland, Rußland, Oesterreich usw. zugleich Besitzungen haben und somit in ihrer Person den Weltbürger verkörpern; wir kennen Industrielle, deren Betriebe sich über mehrere Staaten erstrecken, und die kaufmännischen Geschäfte, die einen internationalen Charakter haben, zählen nach Tausenden. Die Internationalität des Kapitals ist eben so augenfällig, daß man sie nur anzudeuten braucht. Die Internationalität des Kapitals erscheint als eine Selbstverständlichkeit, ja, als ein Vorzug. Dagegen wird die Internationalität des Proletariats, die nur eine Folge der ersteren ist, in Grund und Boden hinein verdonnert. Die herrschende Klasse legt Wert darauf, die Trennung der Proletarier der verschiedenen Länder zu einer dauernden zu machen. Als das wichtigste Mittel dazu dient der künstlich geschaffene Nationalismus, der die fremden Völker verunglimpft und das eigene Volk in bengalischer Beleuchtung zeigt. Während die Fürsten und Machthaber bei Festgelagen und Zusammenkünften Zerbrüderungsorgien feiern, während die Kapitalisten der verschiedenen Nationen gemeinsame Geschäfte machen und ausländische Streikbrecher importieren, ohne eine Miene zu verziehen, werden die unteren Schichten in dem Wahne erzogen und erhalten, als ob die fremden Völkerstämme Feinde seien und bis aufs Blut bekämpft werden müßten. Daß diese Vorurteilung auf Schwindel beruht, wagt heute kaum noch ein vernünftiger Mensch zu behaupten. Demgegenüber ist es eine wichtige Aufgabe der unteren Volksschichten, diesen Schwindel zu entlarven und den Nationalismus auf das richtige Maß zurückzuführen. In dieser beständig fortwährenden Tätigkeit dürfen sie sich auch dadurch nicht beirren lassen, daß diejenigen Leute, die aus der Trennung der Völker ihre Vorteile ziehen, sie der Vaterlandsliebe zeihen und sie beizubringen, die Geschäfte des Auslandes zu betreiben.

Die beseelten Volksmassen müssen, wie Menges treffend sagt, wenn sie ihre politischen und sozialen Ziele erreichen wollen, die ganze Welt als ihr Vaterland, die gesamte Menschheit als ihre Nation betrachten. Wohl muß der einzelne seine politische Tätigkeit zunächst seinem Staate oder seinem Volke zuwenden, aber er muß zugleich allen Bestrebungen jener Völkervereinigung, die Völker zu erkennen und in feindliche Gegensätze zu verwandeln, immer und überall entgegenzutreten. Im Frieden ist das überreizte Nationalgefühl, das fortwährend auf Unwissenheit beruht, als die gefährlichste Ziehbatter auf Kriege mit allen Mitteln zu bekämpfen. Dem Kriege müssen die Massen dadurch entgegenzutreten, daß sie sich international organisieren und daß ihre geistigen Führer die meist erhabenen oder übertriebenen Streitpunkte zwischen den rivalisierenden Nationen in ihrer Wahrheit darstellen. Da sich gegenwärtig in allen Kulturländern große revolutionäre Parteien entwickeln, die im Falle einer militärischen Niederlage die politischen und militärischen Macht-haber bedrohen, so haben solche Bestrebungen weit mehr Aussicht auf Erfolg als in früheren Zeiten.

Gerade dort, wo das Proletariat aber nicht genügen können; es muß vielmehr auch in anderen Beziehungen dafür sorgen, daß durch Verantwortlichkeit und Redlichkeit im Völkerverkehr die zukünftige politische und wirtschaftliche Gemeinlichkeit aller Nationen vorbereitet wird. In Bezug auf diese Aufgabe dürfen wir nicht jede Rücksicht auf Geringschätzung und Unwissenheit beiseite schieben werden und auch die Nationalpolitik darf nicht ein Hindernis der Ausbreitung der internationalen Bewegung sein.

In dem Bereiche des wirtschaftlichen und politischen Lebens beobachten wir jetzt, ebenfalls ganz entgegenge-

setzte, den Egoismus, die Sorge für das eigene Wohl, und den Altruismus, die Sorge für das fremde Wohl. Der Egoismus feiert den Menschen an, seine eigenen Interessen tatkräftig zu vertreten, keinen Kampf und keine Opfer zu scheuen, um zu seinem Rechte zu kommen, und alles beiseite zu schieben, was sich diesem Ziele entgegenstellt. Der Altruismus lehrt den Menschen, seine eigenen Interessen zurückzustellen und sein Verhalten so einzurichten, daß die Interessen der anderen gewahrt bleiben. Diese beiden Extreme treten nur in außergewöhnlichen Momenten in die Erscheinung: bei einem allgemeinen Unglück, z. B. einem Theaterbrand oder einem Schiffsuntergang, herrscht der schrankenlose Egoismus, indem die Beteiligten fast sinnloslos wie die wilden Tiere übereinander herfallen; bei einer Volkserhebung, z. B. in der russischen Revolution, beobachten wir den schrankenlosen Altruismus, indem die revolutionären Kämpfer ihr Leben, ihre Existenz ohne Bedenken in die Schanze schlagen. In normalen Zeiten ist der Egoaltruismus die Regel, die durch die Rücksichtnahme auf fremde Interessen gezielte Selbstsucht.

Eigenartig ist es nun, daß die oberen Volksschichten sich in den Mantel des Altruismus hüllen, trotzdem sie in Wirklichkeit krasse, rücksichtslose Egoisten sind. Sie sprechen mit Vorliebe von ihrem selbstlosen Idealismus. Die Fürsten tragen die schwere Bürde ihres verantwortungsvollen Amtes nur aus Liebe zu ihrem Volke, sie nennen sich die Väter ihrer Untertanen und die Hirten der Völker, deren Wohl ihnen beständig am Herzen liegt; sie sind rafflos darauf aus, das Glück des Volkes, besonders der unteren Schichten, zu fördern. Die Kapitalisten denken niemals an sich selbst, sondern nur an ihre Arbeiter (wie dies der deutsche Kaiser von seinem Freunde Krupp behauptet hat), sie haben bei all ihrem Tun und Lassen nur das eine Ziel im Auge, ihren Arbeitern Brot zu verschaffen und ihnen zu Wohlstand zu verhelfen. Dagegen sind die sozialdemokratischen Führer Feinde der Arbeiter, die ihnen die sauer verdienten Groschen abpressen und ihnen jeden Vorteil mißgönnen. So schildert man den Volksmassen die Sachlage, und Millionen von Arbeitern sind noch so rückständig, daß sie diesem Schwindel Glauben schenken. In dieser Beziehung spielen die „Diener der Kirche“, die Geistlichkeit, eine durchaus volksfeindliche Rolle, indem sie den Volksmassen Unterwürfigkeit, Gehorsam und Anhänglichkeit an die „Herren“ predigen. Die Religion wird dazu mißbraucht, das Volk zu entmannen und zur Knechtseligkeit zu erziehen. Und das nennt man dann die Erziehung der Massen zum Idealismus. Diejenigen Idealismus gegenüber müssen die breiten Volksschichten zu einer gesunden Realpolitik angehalten werden. Sie müssen zur Erkenntnis geführt werden, daß es ihr ureigenstes Interesse erfordert, diejenigen Ziele und Zwecke zu verfolgen, die dem Lebensprinzip des Proletariats entsprechen. Ohne Sentimentalität und ohne über angebrachtes Mitleid mit den anderen Bevölkerungsklassen muß das Proletariat für sich selbst sorgen und seine Hebung auf eine höhere Stufe materieller, geistiger und moralischer Entwicklung durchsetzen, selbst wenn andere Schichten darunter leiden sollten. Diese Taktik des Starren, des Egoisten wird das Proletariat zum Siege führen, nachdem es seit Jahrtausenden fremden Interessen gedient, sich für fremde Ideale geopfert hat. Hierbei ist allerdings zu bemerken, daß wie Casselle in seinem „Arbeiterprogramm“ ausführt, das Interesse der Arbeiterklasse mit den Interessen der gesamten Menschheit und den Forderungen der Kultur zusammenfällt, so daß der Egoismus des Proletariats im Grunde genommen weiter nichts ist als ein Kampf für die höchsten Güter eines Volkes. Hieraus ergibt sich auch die Folgerung, daß alles das, was das aufstrebende Proletariat für seine Hebung tut, vom Standpunkt der Sozial-ethik aus als moralisch bezeichnet werden muß, während alles das, was der Kapitalismus tut, um die Volksmassen herabzudrücken oder im Elende festzuhalten, den Befehlen der sozialen Moral widerspricht.

### Eigenach — Erfurt.

Das mächtige Anschwellen der modernen Arbeiterorganisationen zeitigte verschiedenerlei Gebilde von Korporationen, die alle mehr oder minder bestrebt sind, der proletarischen Bewegung hemmend in die Arme zu fallen. Ganz besonders sind es die Schichten der Kleinhandwerker, d. h. derjenigen, die nach ihrer wirtschaftlichen Konstellation kaum von dem Proletariat zu unterscheiden sind, welche solche Korporationen ins Leben rufen. Das Kleinhandwerkertum wird durch die kapitalistische Entwicklung auf einen bestimmten Kreis zurückgedrängt, ein Umsichgreifen dieser Klasse kann unter solchen Umständen also nicht stattfinden. Der Arbeiter dagegen hat fürwahr keine Ursache, seine Arbeitskraft deshalb an den Zwergebetriebsinhaber spottbillig abzugeben, weil dieser wirtschaftlich auch immer unjückerer gestellt ist, sondern er versucht auch hier, durch seine Berufsorganisation Verbesserungen für ein menschenwürdiges Dasein zu erwirken. Statt daß sich nun die Handwerker gegen den sie in ihrer Existenz bedrohenden Großkapitalismus dadurch wehrten, daß sie ihre alte, überlebte Produktionsmethode modernisieren würden, wurden ihre Vereinigungen vor allem zu dem Zwecke der Arbeiterbekämpfung immer weiter ausgebaut.

In den ersten Stadien des Kampfes gegen die Arbeiterorganisationen hatte es den Anschein, als handle es sich nur um die einfache Interessenvertretung des Handwerkerstandes gegenüber der Arbeiterschaft. Heute liegt aber die Sache anders. Heute ist die Zerstörung der Arbeiterorganisationen den Handwerkern zur Hauptaufgabe geworden. Neben sich haben sich die Künstlervereinigungen bemüht, in dieser Beziehung in die Fußstapfen der großindustriellen Schatzmacher zu treten, und heute ist sozial sicher, daß sie von ihren wirtschaftlichen Feinden in die Schlachtstreichen gegen „die roten Umstürzler“ geführt werden. Als einen der gemeinsamen Hülfserufe hören wir aus dem Unterbunt das Winseln gegen den Terrorismus heraus. Die Regierung solle helfend eingreifen und viel mehr als bisher den Streikbruch schützen. Sie soll alle Streiks, Boykotts und sonstige Mittelstücken, die von den „Roten“ zur „Beseitigung“ des Kleinhandwerks ausgeht:

werden, gesetzlich verbieten. Also zweierlei Rechte sollen für die Staatsbürger geschaffen werden. Dem Bestehen soll das unumschränkte Recht der Ausbeutung gegenüber dem wirtschaftlich schwächeren Teil zeitweilig garantiert sein. Der durch die wirtschaftliche Uebermacht auf Schritt und Tritt überbordende Arbeiter soll als loyaler, königstreuer Arbeiter über die ihm zugefugte Schmach nicht murren, ja, er soll sogar seines heiligsten Rechtes, der Selbsthilfe, beraubt werden. Und das nennt das bornierte Handwerkerum: Recht und Schatten gleichmäßig verteilen, nennt es den Idealzustand, der dem verdorbenen Zünftler wieder Lebensluster geben soll.

Die zünftlerischen Tagungen werden von den Arbeiterorganisationen oft kaum der Beachtung gewürdigt. Aber die auf denselben gefassten Beschlüsse, welche uns lebhaft an das Mittelalter erinnern — das immer wiederkehrende Geschrei über den Terrorismus der „Roten“ und die Anrufung der Staatshilfe zur Verschärfung der bestehenden Gesetze nötigen uns geradezu, die Agitationsweise dieser Schachmacher des näheren zu beobachten. Und wir sehen, daß sie immer brutaler und rücksichtsloser werden und dabei der allgemeinen Arbeiterbewegung noch genau so verständnislos gegenüberstehen, wie vor Jahren. Ihre Furcht wird immer größer — aber ihre Einsicht in die wirtschaftlichen Kräfte anscheinend immer kleiner. So wie auf früheren Handwerkerfesten mit Gruseln die Referate über das gewaltige Anwachsen der Arbeiterorganisationen entgegengenommen wurden, so hat auch in Eisenach Dr. Westphal, Generalsekretär des „Germania“-Zinnungsverbandes, es wieder leicht gehabt, bei seinen Zuhörern das Gruseln herborzujaubern. Natürlich unter Vergewaltigung der Wahrheit! Wir greifen einen Teil seiner Ausführungen heraus, um den Lesern einen Beweis der Westphalschen Redekunst zu liefern. Hören wir:

Meine Herren! Sie stehen alle im praktischen Leben und haben schon viele Lohnbewegungen mitgemacht, und ich darf mir versagen, im einzelnen auszuführen, welcher Art die Ausschreitungen, die brutalsten (!! Ann. d. Art.-Schr.) Ausschreitungen sind, die seitens der Streikenden gegen Arbeitswillige begangen werden. Ich bin überzeugt, wenn heute die Regierung eine Umfrage veranstalten würde, wie damals bei Einbringung des Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen, daß eine ganz erschreckende Zunahme von solchen Ausschreitungen festzustellen werden könnte. Es will demgegenüber sehr wenig sagen, wenn die Leute für derartige Erzele mit ein paar Tagen Gefängnis bestraft werden. Zunächst ist der § 153 der Gewerbeordnung die unglücklichste Bestimmung, die es in unserem Gesetz gibt; sie ist ganz danach angelegt, daß es nicht möglich ist, die betreffende Ausschreitung zeitunageln, aber auch die gesetzlichen Bestimmungen wegen Verleumdung, Mötigung usw. versagen vollkommen. (? Ann. d. Art.-Schr.) Zu Beginn dieses Jahres hat der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Graf Poldowski, in den Reichstagsverhandlungen, wo diese Frage zur Sprache kam, erklärt, eine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen wäre schon deshalb überflüssig, weil es schon heute außerordentlich schwer wäre, die gesetzlichen Bestimmungen anzuwenden, da diejenigen, welche zunächst geschädigt würden und als Geschädigte auszusagen hätten, schwer zu veranlassen wären, vor Gericht auszusagen, in welcher Weise sie mißhandelt worden sind. Ich meine, wenn eine Argumentation geeignet ist, unser Verlangen nach Verschärfung des gewerblichen Schutzes zu unterstützen, so ist es diese. Es muß weit gefaßter sein, wenn der einzelne sich vor der Privattraue des anderen fürchtet und deshalb nicht magt, von der gesetzlichen Bestimmung Gebrauch zu machen. (Sehr richtig!)

So verstehen schachmacherische Generalsekretäre, bei ihren Gläubigen Stimmung zu machen. Jeden Funken von Beweis für die brutalsten Ausschreitungen, für „daß es nicht möglich ist, die betreffenden Ausschreitungen zeitunageln“ usw. bleibt Westphal völlig schuldig — er versucht nicht einmal, einen Schatten von Beweis zu erbringen. Dagegen können wir ihm Duzende von Urteilen bringen, die deutlich den Skrupel einer Justiz tragen, wie sie nur in einem Massenmaße möglich ist. Allerdings sind diese drakonischen Urteile gegen Streikende gefällt worden, die von der Anwendung des § 153 Gebrauch machten. Wir können Duzende von Urteilen gegen Streikbrecher bringen, wo die Richter glaubten, ihre schützenden Fittiche über die Verräter ihrer Arbeitsbrüder decken zu müssen. Ein Breslau und Nürnberg wird doch auch einem Dr. Westphal nicht unbekannt sein, oder hat er in der Zeit dieser Vorlesung geschlafen? Ach — das alles weiß der Herr Doktor jedenfalls auch, aber das konnte er seinen Protokollisten nicht sagen, wenn er diese Elemente zufrieden stellen wollte. Aus den Westphalschen Ausführungen entstieg zum Schluß eine Resolution, die selbstverständlich einstimmige Annahme fand:

Der Allgemeine Deutsche Zinnungs- und Handwerker-tag erklärt unter voller Anerkennung des Grundgesetzes der Koalitionsfreiheit (Ihr Deutscher! Ann. d. Art.-Schr.), daß gegenüber den zahlreichen Auswüchsen, wie sie in immer steigendem Maße bei den Lohnbewegungen durch Verdrängung und Mißhandlung Arbeitswilliger, durch Verdrängung und Vorkottierung der Gewerbetreibenden zu Tage treten, eine Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen erforderlich ist.

Ferner erklärt der Allgemeine Deutsche Zinnungs- und Handwerker-tag, daß die wachsende Macht der Gewerkschaften den engen Zusammenhluß zünftlicher Arbeitgeber unbedingt notwendig macht. Er empfiehlt, deswegen dringend, auch im Handwerk die Gründung von Arbeitgeberverbänden, von Streit- und Vorkotterschädigungsstellen nachdrücklich zu betreiben und durch das Zusammengehen mit den industriellen Arbeitgeberverbänden, wie es bereits im Verein Deutscher Arbeitgeberverbände verwirklicht ist, die Stellung der selbständigen Handwerker gegen das Andrängen der Gewerkschaften zu befähigen.

Das Fazit der Eisenacher Tagung ist die Anfrischung der Buttergüsse gegen die Massenbewegte Arbeiterbewegung. Wir befürchten nur, daß sich die Zünftler an dem Granitblock des organisierten Proletariats die Zähne ausbeißten werden.

Wenige Tage nach dem Zünftlertrummel trat, wie bekannt, in Erfurt unter Führung einiger Scheinheiliger

eine Schar Kleingläubiger zusammen, die aller Welt kund und zu wissen tun wollte, daß sie auch noch da ist und dort mitreden möchte, wo sie am wenigsten etwas versteht. Die „Meistertreuen“, wie sie sich so stolz nennen, haben ja auch alle Ursache, von den zünftlerischen Größengößen Beachtung zu fordern. Und ihre Hundedemut ist ja bereits mit einem freundlichen Blick ihrer „Herren und Meister“ zufrieden. Ihre Knechtstriebe trieb schon die schönsten Blüten, und bei verschiedenen Anlässen betätigten sie dieselbe unter der Stichmarke: „Gemeinsam mit dem Meister für das Handwerk“ in der Praxis. Doch selbst dieses hundsfortische Benehmen wurde nur mit einem Fuchtritt ihrer „Herren“ belohnt. Der schöne Traum der „Meistertreuen“ wurde jäh zerstört. Das hätten auch die Macher der Erfurter Tage wissen können, daß „Meistertreue“ nur mit unbefähigster Hundedemut aufwarten dürfen — was darüber hinausgeht, verstoßt ja gegen die Devise: „Gemeinsam mit dem Meister für das Handwerk“ und gegen den Willen der „Herren im Hause“. Wir sehen, wie die Meistertreuen zuerst in verschämter Form Stellung nehmen gegen die vom „Germania“-Verbande geplante Beiseitigung des Maximalarbeitstages und Regelung der Lehrlingsfrage von Gesetzes wegen. Beides sind Punkte, die bei jedem eingesehnen Zünftler den heftigsten Zorn hervorrufen müssen, weil sich nun auch „die“ in ihre ureigensten Rechte einmischen wollen.

Dr. Westphal mußte sein Katheder besteigen, um eine Vorlesung über das Thema: „Falsche Wege“ zu halten. Ganz besonders wurmte es den grundgelehrten Doktor, daß der konservative Reichstagsabgeordnete Rieseberg-Quedlinburg die Gelben in Erfurt segnete. Aber abgesehen davon mußten auch die Neuzugänge Riesebergs bei Max lebhaftes Befremden herborgerufen haben. So bezeichnete der treuherzige Debutant, wie wir schon in Nr. 41 berichteten, die seit Jahren vom „Germania“-Verband gegen den Maximalarbeitstag betriebene Agitation für völlig zweck- und wertlos; „im Reichstag werde sich nie eine Majorität für die Einführung der zehnjährigen Minimalruhezeit finden; es sei eine Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen gänzlich ausgeschlossen; vielmehr müßten die Bädermeister froh sein, wenn ihnen die zwölfstündige Arbeitszeit nicht noch verkürzt würde.“ Darüber erbot sich Westphal und mit ihm die Leiter des „Germania“-Verbandes, weil einer der „ihren“ den Protestrummel gegen den Maximalarbeitstag als völlig zweck- und wertlos bezeichnet. Wegen dieser Freisgabe erhielt der Bäderabgeordnete den unjeren Lesern gleichfalls schon mitgeteilten Ruffel.

Als einer der zehnjährigen Verteidiger der bestehenden Lehrlingszuchterei ist Westphal zur Genüge ja bekannt. Der Anspruch Oldenbergs: Die Lehrlingsverhältnisse des deutschen Bädergewerbes sind zu ändern, deren man sich schämen solle, berühren den Doktor mit einer ungemeinen Würdigkeit. Er denkt sich, so lange nicht in jedem Betrieb ein Duzend dieser armen Geschöpfe ausgehoben werden, sei kein allgemein gültiger Beweis erbracht. Selbst eine Statistik über die Lehrlingszuchterei in seiner Eigenschaft als Generalsekretär anzunehmen, fällt ihm gar nicht ein. Labor graut ihm! Weil zu dieser heißen Frage in Erfurt ganz schwächere Stellung genommen wurde, klopf Westphal den meistertreuen Körglern iram auf die Finger. Das muß eine bittere Enttäuschung sein für diejenigen, die da dumm genug waren, zu hoffen, ihre nur allzu bescheidenen Wünsche würden vom Unternehmertum gutgeheißen. Recht deutlich hören wir auch aus der Westphalschen Spindel heraus, daß die Innungen sich selbst schämen müssen über die erzeugte und großgehabelte Mißgeburt, und die Meistertreuen von ihren Rodschöhen abschütteln würden, wenn sie nicht Ordre variieren. Eine Gefolgshaft, die zu fordern anfängt, bietet auch der Zünftlerclique keine sichere Gewähr. Doch sind die Wege und Pfade verschlungen, und es wird schon gelingen, an den Führern der „Meistertreuen“ den letzten Akt der Entmannung vornehmen zu können. Allerdings wird die Zahl der Kleingläubigen schwinden, und nur die größten Trödel werden zum Gespött aller ehrlich Denkenden im Schlepptau dieser Schutztruppe der Ausbeuter hängen bleiben. Is.

### Gleiche Arbeit — gleicher Lohn.

Wir brachten in Nr. 39 unter gleichem Titel eine Zuschrift, welche sich mit den jetzigen Löhnen im Konsumverein Vorwärts-Dresden beschäftigt. Da der Einsender nicht selbst in dem Betriebe ist, was uns zunächst nicht bekannt war, so geben wir nachstehend der Erwiderung eines Kollegen Raum, welcher dort arbeitet. Sie lautet:

„Gleiche Arbeit — gleicher Lohn!“ Unter dieser Spitzmarke läßt ein Berufener oder Arbeiter in Nr. 39 unserer Zeitung einen Artikel veröffentlichen, welcher sich gegen angebliche Klassenlöhne im Konsumverein Vorwärts-Dresden richtet. Warum der Verfasser — e. nicht auch andere Konsumbädereien anführt, ist nicht recht zu begreifen; denn die Verhältnisse liegen in vielen dieser Betriebe genau so wie im Vorwärts, nämlich, daß die Arbeiter nach und nach den Höchstlohn erreichen. Selbstverständlich stehen daher die Beschäftigten in verschiedenen Lohnhöhen, weil sie zu verschiedenen Zeiten eingestellt worden sind.

Wie sieht nun die Sache mit den Klassenlöhnen aber in Wirklichkeit aus? Man kann dem Grundgesetz huldigen: „Gleiche Arbeit — gleicher Lohn!“ und braucht doch nicht Tatsachen zu verdrängen, um diesem Grundgesetz Geltung zu verschaffen. Zunächst sind die im Vorwärts gezahlten Löhne keine Klassenlöhne im Sinne des Verfassers, denn sonst müßten die Löhne unserer im Verband angestellten Kollegen auch Klassenlöhne sein, da dort wie hier die Kollegen in gewissen Zeiträumen zugelegt erhalten, und der Verband befände sich nach der Theorie und mit seinen Beschlüssen selbst im Widerspruch. Das ist aber nicht der Fall, sondern mit Klassenlöhnen sind in der Hauptsache diejenigen gemeint, welche eine verschiedene Höhe beim Beginn des Arbeitsverhältnisses haben. Die im Vorwärts und anderen Betrieben bestehende Lohnverschiedenheit ist lediglich durch Alterszulagen entstanden, welche jeder Neueingestellte in den bestimmten Zeiträumen erhält. Nach den

Auslassungen des — e. kann man den Eindruck erhalten, als seien die Neueingestellten nicht berücksichtigt worden. Dem ist aber nicht so; denn es hat von Anfang bis jetzt jeder regelmäßig seine Zulage erhalten. Und daß die Neueingestellten und nach dem Tarif Bezahlten in derselben Zeit, also nach einem Jahr, auch ihre Zulage erhalten, dafür werden die Kollegen im Vorwärts alle sorgen.

Wenn man nun dabei im Auge behält, daß der Vorwärts seit Bestehen des Tarifs immer über die Minimalzulage hinaus bezahlt hat, wozu ihn kein Mensch zwingen kann, so ist es mindestens ein falscher Weg, wenn man auf die Weise des — e. eine weitere Verbesserung der Löhne durch eine öffentliche Anrempelung ohne gerechte Grundlage erzielen will. Wenn ein Konsumverein seinen anerkannten Tarif nicht innehält, so ist die schärfste Kritik am Platze. Wo aber die Bestimmungen innegehalten werden, und wir fordern eine Verbesserung über den Tarif, da haben wir notwendig in anständiger Weise vorzugehen und die richtigen Mittel anzuwenden. Wir werden dann auch viel eher zum Ziele gelangen.

Wenn die Konsumvereinsverwaltungen in dieser Beziehung nicht vernünftiger sind als — e., so hat er ihnen durch seinen Artikel für die Zukunft gerade genug Stoff geliefert, daß sie sich schon bedanken werden, unseren Forderungen, die über den Tarif hinausgehen, viel Beachtung zu schenken. Alle Betroffenen mögen sich dann bei — e. bedanken. Wenn der — e. aber zum Schluß seiner Ausführungen meint, daß die zuletzt Eingestellten das Recht hätten, etwas weniger zu arbeiten, als die andern, so dürfte er damit kein Glück haben. Diese Kollegen werden vernünftig genug sein, mit den länger Beschäftigten gemeinsam für die so notwendige Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse zu arbeiten. Allerdings etwas geschickter als der — e. werden sie es machen müssen.

Es ist jedenfalls dringend notwendig, daß in Zukunft derartige Märgen unterbleiben; denn wenn wir verlangen, daß die Konsumvereine in Lohn- und Arbeitsverhältnissen vorbildlich wirken, von welchem Grundsatze auch unser Genossenschaftstarif geleitet ist, dann haben wir alle Ursache, dieses jetzt angefangene Tarifleben mit den Genossenschaften so auszubauen, daß wir mit diesem Stück Arbeiterbewegung in Frieden leben können. Wir müssen darauf hinarbeiten, daß der Genossenschaftsverband mit uns gemeinsam dafür sorgt, daß alle Genossenschaften unseren Tarif anerkennen. Das können wir aber nicht damit, daß wir dem einzelnen das Tarifverhältnis zur Last machen, sondern nur damit, daß wir unter unseren Kollegen in Privatbetrieben genügend Aufklärung schaffen und ihre Lage verbessern helfen und mit Genossenschaften ein Verhältnis führen, welches nicht gegen unseren Tarif verstößt. — rd —

### Lohnbewegungen und Streiks.

Die Arbeiter des Fabrikbetriebes Klein, Berlin-Schöneberg, Eisenachstr. 50, stehen teilweise noch im Kost und Logis und haben den begehrtesten Wunsch, dieses System beseitigt zu sehen. Bei dieser Gelegenheit möchten sie auch die Minimallöhne von M. 24 resp. 21 tariflich festgelegt wissen. In Betracht kommen 15 Personen. Der Betrieb ist sehr gut organisiert und die Bewegung ist eingeleitet. Wir bitten, bis zur zufriedenstellenden Regelung der Angelegenheit den Bezug fernzuhalten.

### Aus der Konditorien-, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie. Aus der Großindustrie.

Wichtige Zustände in der Zuckerwarenfabrik von Gruber & Co. in Mannheim. Zu den schlechtestgestellten Arbeitern und Arbeiterinnen gehören zweifelsohne die des obigen Betriebes. Die Arbeitszeit beginnt Morgens 7 1/2 Uhr und endet Abends 7 Uhr; nach der Arbeitsordnung sollen während dieser Zeit zusammen zwei Stunden Pausen gemacht werden. Meistens werden die vorgezeichneten Pausen, besonders die Frühstück- und Vesperpause, aber nicht in der festgesetzten Zeit eingehalten und dadurch häufig verkürzt. Die Lohnzahlung steht nicht im geringsten im Einklang mit der langen Arbeitszeit. Auch hier bewahrt sich das Wort: „Lange Arbeitszeit, niedriger Lohn“ in seinem vollen Umfange. Arbeiterinnen unter 16 Jahren verdienen pro Tag M. 1, ältere Arbeiterinnen erhalten pro Tag M. 1,30 bis M. 1,70, der letzte Satz wird erst nach einer mehrjährigen Beschäftigungsdauer erreicht, und sehr selten kommt eine Arbeiterin in die Lage, so viel zu verdienen, da diese in den meisten Fällen wegen zu schlechter Bezahlung den Betrieb schon lange vorher verlassen. Für die männlichen Arbeiter unter 16 Jahren wird pro Tag M. 2 bezahlt; die vielfach bei Einstellung von Arbeitskräften verprobene freiwillige Aufbesserung dieser Lohnsätze läßt stets sehr lange auf sich warten. Wahrscheinlich ist Herr Gruber in dieser Hinsicht etwas vergeblich. Mühen Ueberstunden geleistet werden, so werden selbige nur nach den Taglohnsätzen bezahlt, ebenso die Sonntagarbeit. Beigert sich ein Arbeiter oder eine Arbeiterin, Ueberstunden zu machen, so ist die Entlassung sicher.

Auch in hygienischer Beziehung bleibt viel zu wünschen übrig; so fehlt für die männlichen Arbeiter der An- und Auskleideraum. Jeder Winkel von den Arbeitern benutzt werden, um ihre Kleider anzubringen. Das Fehlen des Ankleideraumes hat schon zu den skandalösesten Episoden geführt.

Nicht genug damit, daß die Arbeitskräfte dieses Betriebes vom Unternehmer in der größtmöglichen Weise ausgenutzt werden, nein, auch von einem Arbeiter des Betriebes, dem Konbändler Otto Kellner, müssen sich die Beschäftigten manche Schikanen gefallen lassen. Vor ungefähr einem Jahr trat Kellner seine Stelle bei Gruber an, nachdem er eine längere Arbeitslosigkeit hinter sich hatte. Anfangs benahm sich Kellner sehr anständig gegen seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, um diese dafür zu gewinnen, ihm aus verschiedenen Verlegenheiten zu helfen, was auch geschah. Kaum fühlte sich aber dieser Aufsteiger aus der Not heraus, so zeigte sich sein Verhalten bei Herrn Gruber in einem ganz anderen Lichte. Kein Ar-

beiter, seine Arbeiterin kann ihm mehr die Arbeit recht machen; das Resultat ist dann immer, daß die in Betracht kommenden Arbeiterkräfte entlassen werden müssen. Außer Herrn Kellner ist noch ein Fräulein Anna Stiehler im Betrieb vorhanden, die anscheinend dem Arbeitgeber Helfersdienste leisten muß. Diese Arbeiterin muß besonders darauf achten, daß von den Süßigkeiten nichts aus dem Betrieb kommt, und die Kleider der Beschäftigten durchsuchen.

Diese Zustände dürften jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin die Augen darüber öffnen, daß es ihre heiligste Pflicht ist, Mitglieder ihrer Organisation, des Deutschen Bäcker- und Konditorenverbandes, zu werden, um durch geschlossenes Vorgehen diese unerträglichen Verhältnisse zu beseitigen.

Aus Düsseldorf. Seit der Verschmelzung hat unsere Mitgliedschaft nicht geruht, auch bei den Kollegen festen Fuß zu fassen, wo es bisher durch die Verhältnisse nicht möglich war. Bei den Kollegen in reinen Konditoreien ist es uns in dem Maße, wie wir wünschen, zwar noch nicht gelungen, anders dagegen bei den Kollegen in den Bäckereifabriken. Die Rheinische Bäckereifabrik ist ein neuer moderner Betrieb, im Juni eröffnet und beschäftigt 150 Personen. Die Arbeitszeit war bis heute ausschließlich der Pause eine zehnstündige. Die Löhne sind für die gelehrten Kollegen M. 24 bis 30 die Woche, für die Arbeiterinnen von 14 bis 16 Jahren M. 1,70 bis M. 2 pro Tag; Ueberstunden werden 95 pSt. höher bezahlt. Seit in der Hochsaison fiel es der Firma ein, über die Köpfe der ganzen Arbeiterchaft hinweg die Pausen Morgens und Nachmittags fallen zu lassen und eine andere Arbeitszeit einzuführen. Zwei Glüd waren die gelehrten Arbeiter fast ohne Ausnahme organisiert und konnten sich selbstredend nicht damit einverstanden erklären. In einer Versammlung faßte man den Beschluß, daß der Vorsitzende der Mitgliedschaft bei der Firma vorzutreten sollte, was auch am 11. Oktober geschah. Es wurde über die Arbeitszeit zunächst noch eine andere Einigung vorgeschlagen. Den beschäftigten Kollegen wurde dies mitgeteilt, aber sie wollten und konnten sich auch damit nicht einverstanden erklären, sondern kamen zu dem Beschluß, daß die Arbeitszeit von Morgens 7½ bis Mittags 12 Uhr und von 1 bis 6 Uhr Nachmittags dauern soll, dann wären sie mit der Arbeitszeit zufrieden, aber es sollte so bleiben, wie es bisher war. Dies sollte der Firma sofort mitgeteilt und bis zum 16. Oktober um eine Antwort gebeten werden. Folgendes Schreiben lief von der Firma am 14. Oktober ein:

An den Vorsitzenden des Bäcker- und Konditoren-Verbandes ufm.

Auf Ihre an unsere Herrn Kreisrichter gerichteten Stellen erwidern wir Ihnen, daß wir entgegenkommenderweise die Wünsche Ihres Verbandes insofern erfüllen wollen, als wir die Arbeitszeit insofern als eine halbe Stunde verkürzen. Nur sind wir genötigt, die Mittagspausen länger zu gestalten und Verlängerung der Arbeitszeit bis zum Abend, da uns die Untertage als zu hart erscheint und auch viele viele ungeschulten Personal zu weit wohnen, so daß die Pause zu kurz wäre. Wir haben daher die Arbeitszeit wie folgt festgesetzt: von Morgens 7½ bis Mittags 12 Uhr, von Nachmittags 1½ Uhr bis Abends 6 Uhr.

Wir hoffen, daß die Mitglieder Ihres Verbandes unser nicht entgegenkommenerweise zu würdigen wissen.

Helmholtz Rheinische Bäckereifabrik G. m. b. H. Wilhelm Schmidt

Hier kann man wieder sehen, daß, wenn ein Betrieb gut organisiert ist und die Firma dies weiß, dann ist der Regel die Beschäftigten von vornherein ruhig und sachlich geführt werden. Gerade am eine Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie hier erreicht werden ist — drei Stunden und sechs —, finden oft die erkrankten Kollegen in der Gewerkschaftsbewegung. Ein jeder Kollege muß sich geloben, alles daran zu setzen, um auch die Arbeiter der anderen Betriebe zu organisieren, damit sie in den modernsten Gewerkschaften auch endlich moderne Lohn- und Arbeitsverhältnisse bekommen.

### Technische Rundschau

Eine neue Einrichtung, die das Interesse weiter Kreise, namentlich der Landwirtschaft, Mäker und Bäcker, in Anspruch nehmen wird, ist der einzige Zeit ihrer Organisation übergeben worden: Die Betriebsmittel für Getreidebearbeitung in Berlin. Diese aus Eisenblech bestehende Anlage ist ein Werk der Henschelwerke, in dem die Verwaltung und die technischen Leiter der Henschelwerke unter der Leitung des Henschelwerks, eine Betriebsmittel- und Anlagentechnik, eine Betriebsmittel- und Anlagentechnik, eine Betriebsmittel- und Anlagentechnik. Die Betriebsmittel- und Anlagentechnik ist ein Werk der Henschelwerke, in dem die Verwaltung und die technischen Leiter der Henschelwerke unter der Leitung des Henschelwerks, eine Betriebsmittel- und Anlagentechnik, eine Betriebsmittel- und Anlagentechnik, eine Betriebsmittel- und Anlagentechnik. Die Betriebsmittel- und Anlagentechnik ist ein Werk der Henschelwerke, in dem die Verwaltung und die technischen Leiter der Henschelwerke unter der Leitung des Henschelwerks, eine Betriebsmittel- und Anlagentechnik, eine Betriebsmittel- und Anlagentechnik, eine Betriebsmittel- und Anlagentechnik.

Getreidebearbeitung zu erfüllen hat, sind in dem Vertrage, den der Herr Minister für Landwirtschaft abgeschlossen hat, wie folgt festgelegt: Die Versuchsanstalt hat 1. der praktischen Versuchs- und wissenschaftlichen Forschungstätigkeit zu dienen. Insbesondere ist ihr die Aufgabe gestellt: a) das Verhalten des Getreides während des Lagerens, des Verarbeitens, der Verarbeitung und des Verbrauches unter den verschiedensten Verhältnissen und Einflüssen zu beobachten; b) Nachversuche mit inländischem und ausländischem Getreide anzustellen, um den Nachwert der verschiedenen Getreidelorten zu ermitteln; c) Maschinen und Geräte für das Mälzerei- und Bäckereigewerbe und Getreideernteapparate zu prüfen; d) Untersuchungen für die Mehl- und Staubsäure sowie Analysen von Getreiden, Mehlen, Mehl- und Futtermitteln, Delsaaten, Ölen usw. für Behörden und Private vorzunehmen; e) die zum Betriebe erforderlichen Getreidearten Futtermittel, Delsaaten usw. anzukaufen und in der Anstalt hergestellten Produkte zu verkaufen. 2. Als Lehranstalt zur Ausbildung des für die Kornlagerung, Mälzerei und Bäckerei erforderlichen technisch vorgebildeten Personals zu dienen sowie auch Ausbildungskurse für Staatsbeamte zu veranstalten.

### Berichte aus den Mitgliedschaften

Berlin. Bericht der Quartalsversammlung (Juli bis September). Zum ersten Punkt: Bericht des Kassierers, berichtete Kollege Barth und wies nach, daß sich unsere Kassensverhältnisse seit der Verschmelzung erheblich verbessert hätten. Auch mit dem Mitgliederbestand, der jetzt 2600 betrage, könnten wir voll und ganz zufrieden sein. Eine Diskussion fand nicht statt, worauf der Obmann der Revisionen erklärte, alles in bester Ordnung gefunden zu haben, und beantragte, dem Kassierer Decharge zu erteilen. Weiter erbatte Schneider den Vorstandsbericht. Er ging auf den jähren Kampf, den wir zu führen hatten, näher ein und zog einen Vergleich zwischen 1904 und 1907. Auch gab er bekannt, daß sich nach der Beendigung des Streiks noch 150 Meister gezwungen sahen, unsere Forderungen zu bewilligen — natürlich kraft des Postulats, der von der aufgeklärten Arbeiterschaft geführt wurde und noch geführt wird. Der Redner tabelte ganz energisch den schlechten Besuch der letzten Versammlungen. Auf die bevorstehende Gewerkschaftswahl zur „Germania“-Zunng legte er besonderen Wert und lenkte die Aufmerksamkeit auch auf den Zentralarbeitsnachweis der Berliner und der Vorortsgewerkschaften. Weiter ermahnte er, stets unseren paritätischen Arbeitsnachweis zu beachten, und berichtete, daß derselbe seit dem Streik einen ganz bedeutend erfreulichen Fortschritt gemacht habe. Betreffs des Streiks in der Schokoladenfabrik Augz, Augner & Komp. wurde zu erwarten, daß derselbe zu unseren Gunsten ausfallen wird. Zur Ergänzung des Vorstandes wurde als zweiter Schriftführer Kollege E. Kujak und als Kassierer Kollege Kellte gewählt. Schneider gab dann noch ferner bekannt, daß wir am heutigen wieder einen Vortrag mit Lichtbildern hätten. Müller berichtete, daß der Vorstand beschlossen habe, angesichts des mangelhaften Versammlungsbesuches in der letzten Zeit, die Versammlungen der Konditoren-, Back- und Gebäckgehilfen wieder gemeinsam stattfinden zu lassen.

Dieses. Am 10. Oktober hielt der Verband der Bäcker und Konditoren eine öffentliche Versammlung ab. Kollege Allmann hatte hierzu das Referat übernommen. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Verkürzung der Arbeitszeit durch Gewährung eines wöchentlichen Ersatzruhetages und unsere Forderungen betreffs eines Minimallohnes sowie die Vereinfachung des Lohn- und Logisweizens. 2. Diskussion. In der von annähernd 100 Personen besuchten Versammlung schilderte Kollege Allmann in zweijähriger Rede den Anwesenden ihre ganze mißliche Lage, so daß man zu der Ueberzeugung kommen mußte, die hiesigen Gesellen würden sich aufraffen, um als selbständig denkende Menschen ihre Erntenz zu verbessern. Gibt es wohl einen Handwerkerberuf, der so schlecht gestellt ist, wie gerade der des Bäckereigewerbes? Stehen doch die Bäcker noch unter den Arbeiterinnen, die wenigstens am Sonntag ihre Ruhe haben. Aber die hiesigen Gesellen verharren in einer Leiburg, als ob sie kumpfrichtig wären. Doch die hiesigen Verbandskollegen lassen es sich nicht verdrießen und werden weiter kämpfen, bis sie einen ganzen Sieg errungen haben. „Kein Kampf kein Sieg!“ Hoffen wir nicht, daß die Herren Meister uns entgegenkommen; was wir wollen, muß ihnen Schritt für Schritt abgerungen werden. Redner schilderte die Forderungen der Gelben vom 1. Januar 1907 ab. Geradezu schamlos ist die Handlungsweise dieser Leimruten: wir selbst nicht sicher, während, bis sie ihren letzten Augen und Mägen auf, klug um ihren eigentlichen Standpunkt zu verteidigen und sorgen so dafür, daß die Gesellen nicht zum Tanzen kommen. Das Kollege Allmann den meisten aus dem Herzen getroffen hatte, bewies der ungewöhnliche Beifall, der ihm zum Schluß zu teil wurde. In der Diskussion meldete sich zunächst der Vorsitzende der Gelben zum Wort. Ganz richtig war die Voraussetzung, daß der Redner auf das eigentliche Thema gar nicht reagierte; kam es uns doch so vor, als hätte er sich Artikel aus der Hartmannschen gelben Fundamentierung anwendig gemacht. Er bemängelte die Form und Ausführung des Verbandes, die gar kein Geld gäbe, die vielen Beiträge, die eingehemmt würden, und was dafür geboten werde. Es wäre gar nicht daran zu denken, daß der Verband hier Fuß fassen könnte und damit, da wir das ganz anders untergraben; auch kein Gesetz dachte daran, sich einem Verband anzuschließen, in dem jedermann ein Arbeitermann wäre. Der Verband hat an Blase sehr viel Ende vor Augen, und aus dieser Grunde hätten wir mit dem Allmann kommen lassen, da die verschiedenen dieser dogmatischen Redner nichts erreichen könnten. Im ganzen konnte der Redner nur ein zufriedenes Lächeln zeigen. Kollege Bennete kritisierte hierauf die Haltung der Gelben in hiesiger Stadt, unter was für Bedingungen sie existierten. Zudem gab Kollege Allmann dem gelben Vorstand die richtigen Ratschläge zur Abklärung und Klärung. Die Diskussion war eine äußerst lebhafte, und die Bundeskollegen wurden häufig gerufen. Da sie sahen, daß sie sich nicht verteidigen konnten, schickten sie ihren bekannten Insä und es warteten das Schicksal nicht ab, sondern versuchten mit großem Radau das Sozial. Die bekannte

Resolution wurde angenommen. Eine Anzahl Kollegen wurde aufgenommen. Bochum. Am 8. Oktober fand bei Schäfer, Ringstraße 8, eine öffentliche Versammlung der Bäcker und Konditoren von Bochum und Umgebung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die geplante Einführung eines wöchentlichen Ruhetages für die Bäckergehilfen seitens der Reichsregierung. 2. Der gelbe Bundesrat über der hereingefallene Vobe. Referent Kollege Houry-Essen. Redner teilte mit, daß die Regierung, bei den Handwerkskammern eine Umfrage betreffend die Sonntagsruhe im Bäckerei- und Konditoreigewerbe zu veranstalten, wo doch diese Beamten so wenig Achtung von unserem Handwerk haben, wie die Kuh vom Sonntag. Es wäre bedeutend besser gewesen, wenn die Regierung sich an die Leiter der Verbände gewandt hätte, da diese über die Frage der Sonntagsruhe besser Bescheid wissen, da sie direkt aus den Gesellenkreisen entstammen. Auch hätte die Regierung ein solches Gesetz schon längst einführen müssen, da sie durch den Verband schon längst alle Mißstände im Gewerbe kenne. Auch erwähnte der Referent die Rede des hiesigen Vobereamtsführers Dicksch auf dem Verbandstag in München, wo dieser Herr warm für den Antrag Münster, daß die Sonntagsruhe eingeführt, dafür aber Sonnabends 18 Stunden gearbeitet werden soll, eintrat. Die bekannte Resolution wurde angenommen und soll auch der gesamten Lokalpresse zur Verfügung gestellt werden. Zum zweiten Punkt erwähnte der Referent, daß ihm das Herz im Leibe wehe getan hätte, als er im Augenblicke „Leimruten“ die Berichte des Knüppeltages las. Es wäre der Gesellschaft nur darum zu tun gewesen, den Meistern gegenüber ihre Bundesorgane und -treue ins helle Licht zu setzen, um lieb sind zu bleiben. Auch läte es ihm sehr leid, daß der gelbe Vizepräsident, Kollege Vobe, keine Courage hätte, und mit seinem Stabe vorgezogen habe, durch Abwesenheit zu gelangen. Wo der Gegner nicht selbst wäre, hätte es wenig Zweck, die gelben „Taten“ vorzubringen. Als Vizepräsident wird Vobe es wohl mit seiner „Ehre“ nicht vereinbaren können, sich mit gewöhnlichen Bäckereiarbeitern noch abzugeben, aber es hindere ihn das Schamgefühl daran, zu erscheinen. Mehrere Kollegen wurden in unsere Reihen aufgenommen. Braunschweig. Freitag, den 11. Oktober, fand in Stegers Bierpfaß, Stobenstraße, eine gut besuchte öffentliche Bäckerversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Die Reichsregierung und der 36stündige Ruhetag. Referent: Kollege Weber-Hannover. 2. Diskussion. 3. Verechiedenes. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in sehr fesselnder und spannender Weise. Zunächst wies er auf die meist immer noch bestehenden traurigen Zustände, sowie auf die teilweise erbärmlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Bäckereien hin. Von hier kam Redner auf die Notwendigkeit des zwölfstündigen Maximalarbeitstages, laut Bundesratsverordnung vom März 1896, zu sprechen. Hierauf sprach er über die Sonntagsruhe in unserem Berufe und meinte, daß die Heilige Schrift zwar sage: „Sechs Tage soll der Mensch arbeiten und am siebten Tage ruhen.“ In dem Bäckergewerbe jedoch, brauche man eine extra Heilige Schrift. Hier könne man keine sechs- tägige Arbeitswoche. Man müsse Jahr aus Jahr ein halbe Tage und ganze Nächte ununterbrochen Tag für Tag und Nacht für Nacht arbeiten. Kaum, daß man die drei höchsten christlichen Feiertage im Jahre frei hat. Den die Bäckereien kontrollierenden Polizeibeamten würden seitens einer großen Anzahl Bäckergesellen selbst Schwierigkeiten in den Weg gelegt, indem sie den betreffenden Beamten nicht die Wahrheit über ihre tatsächliche Arbeitsdauer, ja lieber noch einige Stunden weniger sagen. Dies selbstverständlich aus Furcht vor dem betreffenden Meister, um nicht auf Straßenpflaster gemorfen zu werden. Redner schilderte nun die Ausnutzung der Arbeitskraft in den kapitalistischen Großbetrieben, und führte beispielsweise die Wülfeler Profabrik den Anwesenden vor Augen, die noch Monatslöhne zahlte und eine übermäßig lange Arbeitszeit hoch halte. Nachdem einiges über Lehrlingsausbeutung gesprochen war, kam man zur Stellungnahme des „Germania“-Zunngverbandes und der des Bundes der gelben Gewerkschaften zum 36stündigen wöchentlichen Ruhetage zu sprechen. Die Stellungnahme beider Organisationen sei ja erklärlicherweise ein und dieselbe, die aber nichts mit uns gemein hat. Ueber die Notwendigkeit und die technische Möglichkeit der Einführung eines Ersatzruhetages in jeder Woche im Bäckergewerbe ein Wort zu verlieren, dürfte jedenfalls kein Anlaß vorliegen. Was in anderen Ländern und auch bei einer allerdings noch geringen Zahl von Betrieben in Deutschland bereits möglich ist, dürfte wohl ebensogut allgemein in Deutschland eingeführt werden können. Es wurde deshalb von den Versammelten die bekannte Resolution einstimmig angenommen. In der Diskussion nahm der Vorsitzende, Kollege Zimmerhadel, das Wort und machte noch einige Ausführungen im Sinne des Referenten. Er schilderte die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Konsumgenossenschaftsbäckerei, welche schon seit Jahren gute seien. Sodann kritisierte Redner die niederträchtige Stellung des gelben Bundes gegenüber den freien Gewerkschaften. Der hiesige Gewerkschaftsausschuß wurde scharf gerügt, da derselbe nicht die Interessen der Gesellen vertrete, sondern mit der Zunng Hand in Hand gehe, und auch diese ihre Gesellen zu verdummen suche, indem sie deren selten sich erfüllenden Forderungen, später auch einmal Meister zu werden, noch unterstütze. Große Steiterleit rief der Appell des gelben Bundes an die Zunng hervor, diese möchte doch das Bundesblatt der gelben Gewerkschaft (die Leimruten) für die Mitglieder derselben bezahlen. Hierauf erhielt der Referent Kollege Weber, das Schlußwort. Zudem er den Rechenschaftsbericht der Gelben eingehend beleuchtete, forderte er diejenigen Anwesenden, die noch nicht Mitglied des Deutschen Bäckerverbandes sind, auf, Mitglieder zu werden. Es wurden mehrere Aufnahmen gemacht, worauf der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung schloß. Cassel. Mit der Einführung des 36stündigen wöchentlichen Ruhetages beschäftigte sich eine am Donnerstag im Saale des Gewerkschaftshauses abgehaltene Bäckerversammlung. Der Referent, Weber-Hannover, legte den Anwesenden die Notwendigkeit der Einführung einer sechs- tägigen

Arbeitswoche dar. Er betonte besonders die Ausnahme-  
stellung der Bäckergehilfen, welche gezwungen seien, sieben  
Tage resp. sieben Nächte in meistenteils gesundheitswidrigen  
Räumen ihre Arbeit, bei der es sich um die Herstellung  
des notwendigen Lebensmittels, des Brotes, handle, zu  
verrichten. Die Diskussionsredner sprachen sich ausschließ-  
lich im Sinne des Referats aus. Die bekannte Resolution  
sah schließlich Annahme.

**Bezirk Köln.** Die augenblicklich im Gang befindliche  
Arbeitstagung hat auch die sonst so gleichgültigen  
Kollegen in unserem Bezirk aufgeführt. Die vier einberufenen  
Versammlungen mit der Tagesordnung: „Der Kampf der  
Bäckergehilfen um die sechsstägige Arbeitswoche und Stellung-  
nahme hierzu“, über welches Thema Kollege Laues-Frankfurt  
referierte, waren außergewöhnlich stark besucht; nur in Koblenz  
hätte der Besuch ein etwas besserer sein können. Bemerkenswert  
dabei ist besonders die großartige Einmütigkeit, mit welcher überall  
die vorgelegte Resolution zur Annahme gelangte. Einwendungen  
gegen dieselbe wurden erfreulicherweise auch dort nicht gemacht,  
wo Gegner des Verbandes oder anderweitig organisierte Kollegen  
anwesend waren. In Köln stimmte sogar eine Anzahl „Christ-  
licher“ Kollegen für die Resolution, trotzdem ein Redner allerlei  
zusammenfachte, um Uneinigkeit zu stiften. Er phantasierte:  
„Weil im Rheinland die Mehrzahl der Bäckergehilfen „Christlich“  
ist (wo anders sind dennach die Bäckergehilfen alle Heiden),  
darum wollen wir nur die Sonntagsruhe (wie die Gelben?)  
um nicht den wöchentlichen Ruhetag. In Mülheim  
am Rhein versuchte der dortige Mitgeselle Sambeth unsere Ver-  
sammlung zu hindern, indem er noch kurz vorher durch ein Ver-  
sehrungsflugblatt eine Gegenversammlung arrangierte, welcher  
Trotz ihm aber nicht. Gerade dadurch wurden die dortigen  
Kollegen erst recht auf unsere Versammlung aufmerksam und  
als Sambeth sah, daß alles nach dem „Kreuzerbräu“ dränge,  
ging auch er dahin. Die Versammlung, die besucht war, wie  
in Mülheim noch keine, verlief in der vorzüglichsten Weise.  
Auch Sambeth sprach als Mitgeselle und betonte ganz besonders  
als katholischer Gefellenvereiner, daß eine längere ununterbrochene  
Muhezzeit für die Bäcker notwendig sei und daß hierin etwas  
geschehen müsse; wo man nicht die Sonntagsruhe einführen  
kann, müsse eben eine Erjahrtsruhe geschaffen werden. Aber  
36 Stunden halte er für zu lang und darum müsse er, so sehr  
er für die Resolution im Allgemeinen sei, dagegen stimmen.  
Alle anderen Kollegen, von denen mindestens die Hälfte Anhänger  
des Sambeth waren, stimmten für die Resolution. Die Stimme  
des Mülheimer Mitgesellen ist überhaupt nur die einzige Gegen-  
stimme im Kölner Bezirk; in Köln, Bonn und Koblenz wurde  
sie einstimmig angenommen. Hoffen wir nun, daß die  
Begeisterung der rheinländischen Kollegen für die sechsstägige  
Arbeitswoche auch anhält. Gerade in dieser Gegend hätten  
die Bäckergehilfen alle Veranlassung, in der Frage des Ruhe-  
tages die Gleichgültigkeit abzuwerfen, durch die man ihnen auch  
die Sonntagsruhe nehmen konnte und, wo sie zum Teil noch  
besteht, immer noch mehr entzieht. Waren es doch gerade  
die rheinischen Innungsmeister unter Führung eines gewissen  
Gottschalk Mehren und Konforten, die für jene, die vor  
einer Zeit die Sonntagsruhe propagierten, nur bekannte  
Scharschmerzphrasen und Hohn in der sogenannten „Weiß-  
W.“ u. „R.“ hatten. Ob diese Herren auch jetzt noch so gleich-  
gültig und höhnisch über die sechsstägige Arbeitswoche denken?  
Wir halten sie dazu fähig und darum werden wir auch nicht  
ruhen, unsere Organisation unermüdet auszubauen, damit wir  
in bald auch im Rheinland ein ernsthaftes Wortchen über die  
sechsstägige Arbeitswoche reden können. Daß uns schon diesmal  
beim ersten Wort, das wir in dieser Frage getan haben, schon  
eine ganze Anzahl neuer Mitkämpfer erstanden ist, läßt uns  
mit Siegeszuversicht in die Zukunft blicken.

**Dresden.** Sonntag, den 13. Oktober, tagte im Volks-  
haus unsere gemeinsame Quartals-Mitglieder-Versamm-  
lung. Dieselbe nahm zunächst den Kassenbericht vom  
dritten Quartal entgegen und entlastete den Kassierer ein-  
stimmig. Im weiteren nahm die Versammlung Stellung  
zu der Anstellung eines weiteren besoldeten Vertrauens-  
mannes. Nach eingehender Prüfung dieser Angelegenheit  
kam die Versammlung zu der Ueberzeugung, daß sich die  
weitere Anstellung eines Kollegen nötig erweise und  
stimmte einem diesbezüglichen Antrag der Ortsverwaltung  
einstimmig zu. Berathigt wurde für diesen Posten im  
zweiten Wahlgang Kollege Bruno Neumann, welcher die  
Wahl annahm. Ebenso beschloß die Versammlung ein-  
stimmig die Errichtung eines gemeinsamen Bureaus und  
die Verlegung desselben nach dem Zentraltrakt der  
Bäcker, neben dem Bureau der Zentral-Kassiererei, Sili-  
engasse 12, l. Et., ab 1. Januar 1908. Weiter wurden Miß-  
stände verschiedener Art aus den Bädern- und Konditor-  
betrieben zur Sprache gebracht, sowie das Elend der Heim-  
arbeit in der Zuckerwarenindustrie geschildert. Mit einem  
kräftigen Appell zur Mitarbeit, damit diese traurigen Zu-  
stände endlich beseitigt werden, fand die Versammlung ihr  
Ende.

**Hersford.** In der am 9. Oktober im Restaurant „Zum  
Lindenhof“ stattgefundenen öffentlichen Versammlung re-  
ferierte Kollege C. Almann Hamburg über: „Der Ausbau  
unserer Organisation und unsere nächsten Aufgaben“. Ein-  
leitend verlas Redner eine Notiz des hiesigen Kreisblattes,  
die offenbar vom Arbeitgeberverband verfaßt war und den  
Zweck haben sollte, die Kollegen und Kolleginnen von der  
Versammlung fernzuhalten; denn es wurde darin aus-  
gesprochen, daß die Fabrikanten nur auf Lager arbeiten  
lassen und ohne jeden Gewinn, und wenn der Kassar nicht  
bald im Preise falle, so wären die Arbeitgeber gezwun-  
gen, ein paar hundert Arbeiter zu entlassen. (Tadel wer-  
den Ueberstunden über Ueberstunden gemacht — wie reimt  
sich das zusammen? Der Berichterstatter.) Kollege Al-  
mann stellte fest, daß diese Notiz nichts sei, als  
ein Produkt der Angst vor der Macht der Organisation.  
Die Herren vom Arbeitgeberverband zittern schon vor der  
nächsten Lohnbewegung, aber die Kollegen sollten trotz-  
dem daran denken, daß einst eine Krise hereinbrechen  
könne, wo Hunderte von Kollegen tatsächlich brotlos werden.  
Dann sei es allerdings ja nicht bestellt mit denjenigen, die  
nicht organisiert seien. Ein organisierter Kollege habe stets  
die Organisation hinter sich, die in jeder Lebenslage für  
ihn eintrete; aber der unorganisierte Kollege sei dem  
untersten Elend preisgegeben. Darum sei es Pflicht eines  
jeden Kollegen und jeder Kollegin, sich dem Verbande an-  
zuschließen. Redner wies ferner darauf hin, wie die  
Herren Fabrikanten gegen die Arbeiter stets einig seien.

Diese Leute, die über große Vermögen verfügen und sich  
auf dem Weltmarkt die schmutzigste Konkurrenz machen,  
finden stets bereit, ihre Arbeiter soviel wie möglich auszu-  
beuten und rechtlos zu machen. Als Beweis dafür verweise  
Redner auf den Preisrückgang des Zuckers nach der Brüssel-  
er Zuckerkonvention. Die Fabrikanten hätten den Nebbaas  
allein in die Tasche geschoben, ohne auch nur an ihre Ar-  
beiter zu denken. Redner verwies ferner auf die schönen  
Erfolge, die unsere Kollegen in Nürnberg durch ihre Einig-  
keit errungen haben. Dort hätten die Kollegen vom  
1. Januar 1908 bis Woche 240, die Arbeiterinnen bis  
2 mehr Lohn ohne Streit erreicht. Redner schilderte  
noch die Entwicklung unserer Organisation, und erörterte  
eingehend die Herzfelder Verhältnisse. Mit einem kampes-  
trohen Appell an die Kollegen und Kolleginnen, sich der  
Organisation anzuschließen, beendete Redner seinen mit  
großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Mehrere Auf-  
nahmen wurden vollzogen. In der Diskussion ergriffen  
die Kollegen Höfer, Sadenwaller und Gewerkschaftssekretär  
Genosse Schmitt das Wort. Letzterer teilte mit, daß die  
Herzfelder Kollegen alle Ursache hätten, mit Stolz auf die  
Entwicklung unseres Verbandes zu sehen; und daß es kei-  
nen Stillstand in dem Ausbau der Verbände gäbe, beweise  
schon, daß die Herzfelder Arbeiter dazu gekommen sei,  
einen Gewerkschafts- und Arbeitersekretär anzustellen.  
Die Kollegen und Kolleginnen sollten, wenn sie Rat und  
Schutz bedürfen, sich vertrauensvoll an ihn wenden. Diese  
Versammlung, die sehr stark besucht war, hat schon einen  
sehr guten Erfolg gehabt, und zwar dadurch, daß den Kol-  
legen von der Firma Briumann & Leinwender, welche zahl-  
reich zur Versammlung erschienen waren, zwei Tage später  
vom Fabrikanten mitgeteilt wurde, daß alle 21 mehr  
Lohn sofort erhalten und vom 1. Dezember wiederum 21.  
Merkt's Euch, Kollegen, dies ist ein Erfolg der Demonstra-  
tionsversammlungen, und erscheint deshalb alle ohne Aus-  
nahme, wenn wieder der Ruf an Euch ergeht! Auf, Ihr  
Säumigen, folgt dem Rufe der Organisation!

**Bezirk Lothringen.** In Metz und Groß-Mohenvre  
fanden zwei sehr gut besuchte Versammlungen statt. Kollege  
Wolz hat den Kollegen in beiden Versammlungen die  
Wichtigkeit der Organisation nahe gelegt und den Kollegen  
erklärt, wie unser Zusammenhalt gestaltet sein muß, um  
den 36stündigen Ruhetag zu erkämpfen. Weiter führte er  
an, daß ein solcher schon mehrere Jahre in Oesterreich  
gejährig festgelegt ist, und auch von der Gehülfsenschaft  
dort strenge eingehalten wird. Der Redner bemängelt  
noch, daß in Elsaß-Lothringen der Maximalarbeitstag von  
seiten der Meister sowie von den Gehülfsen sehr wenig oder  
gar nicht innegehalten wird; es sei daher notwendig, daß  
die Gehülfsen zur Aufklärung in unsere Versammlungen  
kämen. Dann wird auch für die Reichsländer die Zeit  
kommen, daß der Zwölfstundentag eingeführt wird! Zum  
Schluß führt der Referent an, daß es Zeit sei, daß alle  
Gehülfsen in den Verband gehen, denn durch den gelben  
Bund wird unsere Lage nur verschlechtert werden. In  
beiden Versammlungen wurde vom Kollegen Braun die  
Diskussion eröffnet. Auf Wunsch eines französischen  
Kollegen wurden die Referate teilweise ins Französische  
übersetzt. Einige Kollegen waren anscheinend der Ansicht,  
der Verband könne ohne Mittel existieren, indem sie offen  
erklärten, sie würden gerne beitreten, wenn es nichts kosten  
würde! Zum Schluß ließen sich mehrere Kollegen in den  
Verband aufnehmen, und die bekannte Resolution wurde  
mit großer Begeisterung einstimmig angenommen.

In Groß-Mohenvre waren 37 Kollegen erschienen;  
meistens waren es Leute, die über die Jugendzeit schon  
eine Reihe von Jahren hinaus waren. Die Diskussion  
war eine rege, indem ein Kollege für den Bund eintrat  
und auch einer vom Gehülfsenverein Mez wahren Mißstim-  
mungen verabschiedete. Er will dem Verband die Schuld geben, daß  
so viel Großbetriebe in Deutschland existieren. Kollege  
Braun wies aber dem Kollegen nach, was uns am Selbst-  
ständigwerden hindert. Zum Schluß kam noch ein Stangen-  
halter der Gelben; er meinte, die Redner sollten doch einmal  
die Kollegen betrachten, ob sie nicht von der guten Kost-  
 jeden Tag ein Kotelett und zwei Liter Wein zum Frühstück  
ein gutes Aussehen haben. Die Gehülfsen sollten nur unter  
sich und mit den Meistern zusammenhalten, dann brauchen  
wir Niemanden vom Verband. Aber mit dem Sechsstun-  
dreißigstundentage waren alle einverstanden.

**Lüdenscheid.** Die genaßführten Gelben.  
Noch mancher Kollege wird sich der hier geführten Lohn-  
bewegung erinnern. Lüdenscheid ist ein Ort, wo es an  
und für sich schwer fällt, die arbeitende Bevölkerung zur  
Besserung ihrer Lage in Organisationen zusammen-  
zubringen. Trotzdem standen vor unserer Lohnbewegung  
von 12 Kollegen 90 in unseren Reihen, ein Resultat, das  
nur durch die opferfreudige Agitationsarbeit einiger  
Kollegen möglich war. Als dadurch die Sache für die  
Bädermeister bedenklicher wurde, befaßten die Herren nicht  
mehr den Mut, sich uns selber gegenüberzustellen. In  
verschiedenen gemeinschaftlichen Sitzungen versuchten die  
sich als Kapitalmenschen aufspielenden Innungshelben  
allerdings den anwesenden Gehülfsen Klar zu machen, die  
Arbeiter hätten in keiner Weise Grund zur Klage, und es  
wäre gewissermaßen Frevlichkeit, überhaupt einen Tarif  
einzureichen. Aber es wurde ihnen von den organisierten  
Kollegen vor Augen geführt, wie fahrig und frech durch  
die unerhört lange Arbeitszeit und die sonstigen  
Mißstände, die Gesellen daständen. Man rief diesen  
heiligen Männern in Christo ihre große Portion Sünden  
ins Gedächtnis und man sah, wie unbehagen es diesen  
Herren auf den Sitzen wurde. Besonders der Obermeister  
hatte große Lust, die ungemütliche Gesellschaft zu verlassen.  
Darauf griffen die Bädermeister zu den bekannnten feigen  
Mitteln und versuchten, die Zersplitterung unter die  
organisierte Gehülfsenschaft zu tragen, was ihnen auch in  
einigen Fällen gelang. Unter gelber Maske zogen die  
Innungshelben, sowie ein Bädermeisterjüngling von Bad-  
stube zu Badstube, um die Gesellen mit der Leimrute zu  
angeln, und sie gründeten auch wirklich eine gelbe Sür-  
schaft, ihr allerlei Zukunftspläne und Versprechungen  
machend. Zur Agitation für die Veräthergesellschaft  
schickten sie keine Gelder, und man versprach jede Woche  
20 bis 150. Immerfort gab es Freiber! Sie  
glaubten schon, die Mehrzahl unter die Fittiche ihrer  
Dummheit gebracht zu haben, weil sie das Paradies hier  
auf Erden beschritten hatten. Aber o weh! Wer da

dachte, daß die Ausbeuter ihre gemachten Versprechungen  
halten würden, kennt die Gesellschaft voller Frömmigkeit  
schlecht. Alle Gelübde der Innung blieben unerfüllt und  
auf die Gelber wurden die Gehülfsen heute noch warten,  
wenn sie sich selbst nicht bald wieder eines Besseren be-  
sonnen hätten. Sie sahen ein, daß sie schön hinter  
Licht geführt werden sollten und selbst den Schaden gehabt  
hätten, wenn sie zu Veräthern an ihren Kollegen gewor-  
den wären. Und die Innungsführer haben es auch gar  
nicht verhindern können, daß die Löhne durch die Bewegung  
doch bedeutend gestiegen sind. Wurden früher im Durch-  
schnitt 10,20 Wochenlohn gezahlt, so jetzt über 12.  
Und auch die Mitgliedschaft des Bäderverbandes besteht  
trotz aller Anfeindungen, obschon sie längst von den Krau-  
tern als zertreten bezeichnet wurde. Die früheren Leim-  
rutenanhänger haben dagegen soviel ehrlöse Handlungen  
erlebt, daß sie von den gelben Vereinen nichts mehr wissen  
wollen. Darum auf, Gehülfsenschaft von Lüdenscheid!  
Run alles wieder nachgeholt, was ihr früher verjährt  
habt! Auch der letzte Mann muß wieder hinein in den  
Bäder- und Konditorenverband! Auch hier muß das Kost-  
 und Logiswesen vollständig fallen! Fort mit all den Miß-  
ständen, wie wir sie hier noch so zahlreich haben! Auf  
zur Agitation! Wir müssen im Frühjahr das noch erringen,  
was durch unser eigenes Verschulden bisher noch nicht zu  
erringen war.

**Magdeburg.** Sonntag, den 13. Oktober, tagte die  
Generalversammlung des 3. Quartals. Zunächst wurde  
vom Vorsitzenden das Ableben des Kollegen Weher bekannt  
gegeben und erhoben sich die Anwesenden zu Ehren des  
Verstorbenen von den Klagen. Den Vorstandsbericht gab  
der Kollege Wache, aus dem zu entnehmen ist, daß die  
Tätigkeit der Mitgliedschaft eine außerordentlich rege war.  
Abgehalten wurden 21 öffentliche resp. Betriebsversamm-  
lungen, 11 Mitglieder- und Bezirksversammlungen  
sowie 13 Sitzungen des Vorstandes. Verbreitet  
wurden 4250 Flugblätter und 1250 hektographierte Ein-  
ladungen. Die Korrespondenz hatte einen Umfang von  
79 Briefen, 65 Postkarten, 106 Drucksachen, sowie ein  
Telegramm. Den Kassenbericht gab Kollege Krause. Der  
Mitgliederbestand betrug am 1. Juli 258, neu aufgenommen  
wurden 58, übergetreten sind 2, zugereist 5, abgereist 18,  
abgemeldet 15 und gestorben 22, so daß am 1. Oktober ein  
Mitgliederbestand von 273 zu verzeichnen war. An Marken  
wurden umgelegt 2337 à 60 J., 13 à 55 J., 911 à 25 J.  
Die Bilanz war wie folgt: Einnahme 2299,37, Ausgabe  
1507,70; davon wurden an die Hauptkasse 1160 gezahlt,  
so daß ein Kassenbestand von 793,67 zu verzeichnen war.  
An Unterstützung wurden 351 gezahlt. Kollege Wache  
wies noch kurz auf die bevorstehenden Gewerbegerichts-  
wahlen hin und forderte die Kollegen auf, sich an der  
demnächst stattfindenden Hausagitation fleißig zu be-  
teiligen.

**München.** In einer zahlreich besuchten Mitglieder-  
versammlung referierte am 16. Oktober Kollege Gahner.  
Er besprach die Aufgaben für den Winter, welche er in  
drei Teile zerlegte. Als wichtigste Arbeit hält er die Agi-  
tation und den Ausbau der Organisation, dann Bildung  
und Aufklärung und ferner die Pflege der Statistik. (Des  
näheren im Bericht darauf eingegangen, erzielte Kollege  
Gahner den Berichterstatter, zu unterlassen, da es soge-  
nannte Nachhänger gibt, welche selbst zu schwach im Geiste  
sind, folglich sich alles erschwindeln müssen.) Aus dem  
Quartalsbericht, welcher ebenfalls gegeben wurde, ist zu  
entnehmen, daß insgesamt 13 700 Beiträge umgelegt und  
120 Renaufnahmen vorgenommen wurden und die Kassen-  
gebarung sich wie folgt gestaltete: Gesamteinnahme  
10 675,14, Gesamtausgabe 6853,72, somit Kassen-  
bestand 4024,32. An Unterstützung wurden an  
147 Kollegen für 1730 Tage 1869,50 ausbezahlt. Die  
Mitgliederzahl beträgt 1238, was eine Zunahme von über  
200 bedeutet. Dieses erfreuliche Resultat hatte zur Folge,  
daß die Mitglieder noch mehr als bis jetzt zu tun ver-  
sprachen. Nach Erledigung eines Antrages der Vorstands-  
schaft, daß nur fünfjährige und tätige Mitglieder das Recht  
haben, sich im Konsumverein vorzumerken zu lassen, fand die  
jeden verlaufene Versammlung ihr Ende.

Nachschrift der Redaktion. Es ist recht be-  
dauerlich, daß die Münchener sich vor Nachhängern fürchten.  
Wenn andere zu schwach im Geiste für agitatorische Arbeit  
sind, brauchen sie doch erst recht die Erleuchtung! Also  
heraus mit der Kasse aus dem Sad!

**Solingen.** In einer von 80 Kollegen besuchten öffent-  
lichen Versammlung sprach Kollege Dietrich-Köln über:  
„Die gesetzliche Festlegung des 36stündigen Ruhetages.“  
In einem ganz einstündigen Vortrag führte der Referent  
den Kollegen vor Augen, daß die Bäckergehilfen überhaupt  
nicht als Menschen angesehen würden und Arbeiter zweiter  
Klasse schon dadurch seien, daß für sie das Gehalt: Sechs  
Tage sollst Du arbeiten und am siebten sollst Du ruhen,  
keine Gültigkeit habe. Weiter führte Redner an, daß  
schon auf dem Dresdener Verbandstage ein Beschluß  
bereits des Tagesbetrages gefaßt und diesbezüglich im  
Jahre 1904 eine Petition an den Bundesrat gesandt wurde;  
aber dieselbe sei zu den übigen besäußerten Akten gelegt  
und überhaupt nicht beantwortet worden. Trotz der hier  
am Orte teilweise abgefaßten Sonntagsarbeit müssen  
wir gemeinsam mit den übrigen Kollegen Deutschlands für  
die Abschaffung derselben petitionieren; denn solange  
dieselbe nicht gesetzlich verboten ist, ist keine Garantie für  
wirkliche Sonntagsruhe vorhanden. Sämtliche Diskussions-  
redner äußerten sich im Sinne des Referenten. Die  
Resolution fand einstimmige Annahme und wurden eine  
Anzahl Männer für unsere Sache gewonnen.

**Waldenburg i. Schl.** Am Mittwoch, den 9. Oktober,  
tagte im „Stern“ eine fast besetzte öffentliche Bäder-  
versammlung. Kollege Schneider-Berlin sprach über:  
„Gehülfsenbewegungen von früher und jetzt.“ Sein groß-  
zügiges Referat fand allgemeinen Beifall und wurden  
einige Aufnahmen gemacht.

**Wieslar-Gießen.** Am 13. Oktober fand eine außer-  
ordentliche Mitgliederversammlung im „Wienerhof“ in  
Gießen statt, die von familiären Mitgliedern besucht war;  
insbesondere anerkanntenswert ist, daß auch die Kollegen  
von Wieslar und anderen entfernteren Orten vollzählig er-  
schienen waren. Zunächst sprach Kollege Kumelet über die  
gegenwärtige Situation und unsere nächsten Aufgaben.

In der Diskussion wurden von verschiedenen Kollegen die Beschlüsse der „Gelben“ in Erfurt erwähnt und konstatiert, daß die Vertreterbeschlüsse ihre Wirkung bereits zeitigen. Selbst der Siedener „Frühau“ — bekannt als der verlässlichste Gegner des Verbandes und geistig als der denkfähigste aller Vereine — scheint nicht einberufen zu sein, die hohen Löhne auf M 7 herabzusetzen und die gute Kost — Siedener Schmierläse — dauernd beizubehalten resp. wieder einzuführen. Ein Teil der Mitglieder ist ungeduldig und will nicht mehr länger „gelb“ bleiben — und so sah sich der Verein genötigt, die „Gefolgschaft“ Herrn Büchtmösch abzuschreiben (Beiträge sollen sie keine gezahlt haben). Büchtmösch und Hartmann sollen nun die Entladung sehr wehe tun (armer Hartmann), und so versucht nun Hartmann mit allerhand Redewendungen und Entkräftigung der Erfurter Vertreterbeschlüsse den „Frühau“ zu erhalten — sonst würden noch viele andere folgen. So beschloß der „Frühau“, um seinem nahen Verwandten nicht so sehr wehe zu tun — die Gefolgschaft erst zu künden. Armer Hartmann, deine Leimruten ziehen nicht mehr — und das ist erst der Anfang. Die denkende Schülensschaft läßt sich nicht verbummen. Nachdem noch einige Ergänzungswahlen vollzogen waren, und die Kollegen Köth, Sattler und Braun die Kollegen zur eifriger Mitarbeit an der weiteren Aufklärung noch fernstehender Kollegen aufgefordert, schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung mit einem begeisterten dreifachen Hoch auf den Deutschen Bäder- und Konditorverband.

### Schwerfästliche Randschau.

Die Aussperrung der Tabakarbeiter in Siechen ist nach 19 Wochen beendet. Anfang Oktober wurde von Seiten der Angekündigten das Einigungsamt anrufen. Auf Ersuchen des Vorsitzenden des Gewerbegerichts erklärten sich die Fabrikanten zu Verhandlungen bereit. Nach einmaliger Beratung erreichten die Verhandlungen am Montag, den 14. Oktober, ihr Ende. Das Ergebnis ist folgendes: Der Streit bei der Firma Mayer und der Firma Kinn & Klose wird aufgehoben, desgleichen die von den übrigen Fabrikanten verhängte Aussperrung. Den Arbeitern der Firma Kinn & Klose, welche von der Firma Smiter übergetreten sind, wird der Ausfall zwischen ihrem früheren und jetzigen Verdienst nachgezahlt. Pfändungen sowie Behelligungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation dürfen nicht stattfinden. Des weiteren geben die Vertreter der Arbeitgeber die Erklärung ab, bei dem Verein der Tabakfabrikanten dahin wirken zu wollen, daß die Bestimmungen aufgehoben wird, monach Arbeiter, welche bei einem anderen Unternehmer in Arbeit treten wollen, die Zustimmung ihres früheren Arbeitgebers haben müssen.

### Großschäftliches.

Die Niederrheinische Bädervereinsgesellschaft Bolbrodt in Neuk bei Düsseldorf und Köln, welche nach dem Eintrag in den Handelsregistern von Düsseldorf im Jahre 1904 errichtet wurde und im Vorjahre auch in Köln eine Filialbädererei eröffnet hat, berichtet über das am 30. Juni d. J. beendete Geschäftsjahr. Danach hatte die Gesellschaft in Neuk einen Umsatz an Bädern von M 253 000 und in Köln einen solchen von M 130 000, und erzielte im gesamten Geschäft einen Reingewinn von M 6110,80. In Köln wurden im Geschäftsjahre M 30 885 bezahlt. In der Bädererei in Neuk sind 9, in Köln 6 Bäder betriebsfähig, die Mitglieder unseres Verbandes sind, außerdem sind Geschäftsführer und Räte ebenfalls Mitglieder unseres Verbandes.

Konsumverein für Deffen und Umgegend. Bericht vom 1. Oktober 1906 bis 30. Juni 1907. Der Umsatz belief sich auf M 950 497,75 gegen M 917 822,75 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Reingewinn stellte sich auf M 59 610,06, der folgendermaßen verteilt werden soll: 7 pZt. Rückvergütung auf M 664 907 Warenmarken M 46 543,49, 6 pZt. Abschlagsrückvergütung auf M 25 066 Warenmarken M 1 503,96, dem Vereinsfonds 5 pZt. der Reinergebnisse M 2980,50, dem Produktionsfonds M 5000, dem Vorwundersfonds M 1832,11, dem Erwerbungsanlagensfonds M 1000, Einbehaltung an die Verwaltung M 750. Summa M 59 610,06.

Die Abrechnung der Bädererei stellt sich folgendermaßen: Debit: Erträge (Recht u. m.) M 109 066,50, Löhne 13 539,40, harte Löhne 1817,67, Miete rein Januar 4200, Gehälter 1235,72, Abschreibungen 4220, Erwerbs = 11,9 %, 18 053,55. Summa M 154 132,84. Credit: Saldoübertrag M 113 939,47, Restvergütung 25 069,16, Erwerbs = 3813,41, Konsumverein Deffen 252,91, verzinste Einlagen 957,60, Verbrauch der Bäder 486,50, Rest von Vorjahr 1911,79. Summa M 154 132,84. Restposten waren: 47 384 Einl. Roggenbrot à 50 A, 115 078 Einl. Roggenbrot à 75 A, 1172 Einl. Roggenbrot à M 1, 497 780 Einl. Semmeln, 44 458 Einl. Weizenbrot, 20 440 Einl. Weizenbrot, 21 429 Einl. Weizenbrot, 198 Einl. Weizenbrot, 771 Unzen Zucker, 28 Einl. Semmeln, 1069 Einl. große Kuchen, 7522 Einl. kleine Kuchen, 2955 Einl. Kuchen, 27 734 Einl. Weizenbrot, 690 Einl. Zucker. Die Gesellschaft hat am 1. Juli 1907 2335 Mitglieder.

Der Konsumverein für Deffen und Umgegend besteht zu am 30. Dezember im letzten Geschäftsjahr, welches als das erfolgreichste im Verlaufe des Vereins bezeichnet werden kann. Der Umsatz betrug M 2 330 000, gegen M 1 464 000 im Vorjahre, in dem ein Reingewinn von M 666 000 erzielt wurde. Eine Mitgliederliste weist den Gesamtbestand 3070 bei. Der Juli betrag 229 900. Der Zahl der Verkaufsstellen sind nun 16 auf 29, während zwei weitere in Arbeit sind. Die ersten Anlagen der Gesellschaft wurden mit einem Reingewinn von M 100 000 durchgeführt, aber daß diese die Bädererei von Deffen nicht möglich war.

### Sozialpolitisches.

Aus Freiburg i. Br. Einem unserer Kollegen passierte das Unglück, daß ihm ein Krug Wasser aus der Hand fiel, woraus er sich einen schweren Schaden an der Hand zuzugewandt hat. Der Angefallene ist nun so beschwerdet, als er sich nicht 29 Jahre alt und gänzlich gesund sei — ein Recht. Er war in der hiesigen Bäder-

Innungskrankenkasse. Die Landesversicherung hat für die Kosten eines Ersatzfußes — d. h. einer hölzernen Stiege — aufzukommen. Als nun unser Vorlesender mit dem Innungs-Krankenkassenrat darüber Rücksprache nahm und ihm die traurige Lage des unglücklichen Kollegen schilderte, und an das Menschlichkeitsgefühl der Herren Vorstandsmitglieder appellierte, sie sollten einen größeren Beitrag zu einem künstlichen Fuß bewilligen, da meinte der Herr Vorstand: „Da wo kein Geld vorhanden ist, da hört auch das Menschlichkeitsgefühl auf!“ Schließlich hat man noch ganze 20 A bewilligt. Es will uns scheinen, daß man zu anderen Zwecken, die uns nicht so notwendig erscheinen, mehr Geld hat. Aber arme Bädereisen und alte Bädermeister!

### Polizei und Gericht.

Aus Gotha. Im April dieses Jahres hatte die hiesige Zahlstelle des Verbandes infolge einer Lohnbewegung, die sich in der Hauptsache gegen das Kost- und Logiswesen wandte, ein Flugblatt verbreitet. Das Flugblatt wurde in der Volksblattdruckerei hergestellt. Es enthielt unter anderem sieben mehr oder minder arge Enthüllungen über Zustände in hiesigen Bädereien. Sofort nach Erscheinen des Flugblattes ließ es, daß die Bäderinnung Klagen werde. Das geschah jedoch nicht, sondern nur einer der angegriffenen Bädermeister, Herr Hertel in der Hügelsgasse, strengte eine Klage an, und zwar gegen den als verantwortlichen Verleger zeichnenden Bädereisen Paul Ludwig und gegen den Redakteur Joos als Geschäftsführer der Volksblattdruckerei, weil er, wie es in der Anklageschrift heißt: die Vertriebsfertigung dieses Flugblattes durch Druck in Kenntnis seines Inhaltes herbeiführte. Wenn wir sagen, Herr Hertel strengte die Klage an, so ist das nur insoweit richtig, als er den Strafantrag stellte. Die Klage selbst nahm ihm der Staatsanwalt ab, indem er Offizialklage erhob, der sich Herr Bädermeister Hertel als Nebenkläger anschloß. Diese Klage kam am vergangenen Mittwoch vor dem hiesigen Schöffengericht zur Verhandlung. Sie nahm, da neun Zeugen geladen waren, einen großen Umfang an und dauerte vier Stunden. Die Unterlage der Anklage bildete folgende Stelle im Flugblatt: „Dem Bädermeister Hertel, Hügelsgasse 64 (Kajernenlieferant), wird Wasser zum Baden vermahnt, welches ausdrücklich mit der Bezeichnung „kein Trinkwasser“ benannt ist.“ Vor Eintritt in die Verhandlung regte der Gerichtsvorsitzende einen Vergleich an. Der Kläger, Herr Hertel, ist dazu bereit, wenn die Angeklagten eine Erenklärung abgeben würden, daß sie sich getäußt und sich davon überzeugt hätten, daß das zum Baden gebrauchte Wasser einwandfrei sei. Darauf ließen sich die Angeklagten jedoch nicht ein und die Verhandlung begann. Der Angeklagte Joos bestritt die Zulässigkeit der Anklage gegen ihn, da in dem Flugblatt der Verleger genannt sei und somit nach § 21 des Preßgesetzes der Bruder bzw. er als Geschäftsführer nicht mehr in Betracht komme. Der Angeklagte Ludwig hielt den im Flugblatt enthaltenen Vorwurf in Bezug auf das zum Trinken ungerührte Wasser zurück. Es seien Zeugen dafür geladen. Alle Behauptungen im Flugblatt seien erst nach sorgfältiger Feststellung der Tatsachen veröffentlicht worden. Herr Louis Hertel als Zeuge vernommen, sagt aus, daß der Brunnen sich im Badraum befindet, er wisse nichts davon, daß das Wasser schlecht sei, er habe auch nicht direkt verboten, es zu trinken. Nur sei er dagegen gewesen, daß die Arbeiter davon trinken, wenn sie Zeit freier hätten, damit sie nicht so schwigten. Das sei also aus Reinlichkeitsgründen geschehen. Dann einmal ein Salamander im Teig gefunden worden, so habe er die Vermutung, daß sein damaliger Geselle Hüpeden ihn absichtlich hineingebracht habe. Der Angeklagte Ludwig bemerkt, warum Herr Hertel beim erlaubten habe, daß seine Gesellen Wasser zum Trinken in einem Krug über die Straße (in der Hügelsgasse) geholt hätten; davon schwigten sie doch auch. Der Angeklagte Joos stellt fest, daß das Wasser des städtischen Brunnens auch nicht zum Kochen gebraucht worden sei, was Herr Hertel nicht abstreite. Herr Hertel will nach Erscheinen des Flugblattes einen Rückgang seines Geschäftsführers haben; den Schaden veranschlagte er auf M 200. Als erster Zeuge wird der Bädereisen Hüpeden vernommen. Er hat den im Flugblatt erwähnten Salamander in dem Wasser gefunden, mit dem der Teig angemacht wurde. Er habe das sofort dem Sohn des Herrn Hertel mitgeteilt. Daß er das Tier selbst hineingebracht habe, bestreitet er entschieden. Das Wasser sei nicht gut gewesen. Als er einmal davon getrunken, sei ihm das nicht gut bekommen, und der Sohn, Herr Hermann Hertel, habe ihm dann gesagt: „Das Wasser ist freilich nicht zum Trinken.“ Hieraus wird ein Gutachten des hiesigen Chemikers verlesen, in dem das Wasser des Brunnens als einwandfrei erklärt wird. Ein Salamander komme in einen geschlossenen Brunnen nicht. Zeuge Hermann Hertel jun. bekundet, daß das Wasser des Brunnens hart schmecke und deshalb nicht getrunken werde. Er kann sich nicht erinnern, den Leuten verboten zu haben, davon zu trinken. Herr Hüpeden habe ihn beim Teigmachen einmal gerufen und ihm den Salamander gezeigt mit der Frage, was das wohl für ein Tier sei. Den Schaden, den das Geschäft durch das Flugblatt gehabt, klagt Herr Hertel jun. auf zur M 50 (sein Vater hat M 200 geschätzt). Zeuge Hüpeden hat 1906 bei Hertel gearbeitet. Ihm sei gesagt worden, daß das Brunnenwasser nicht schmecke. Zum Teigmachen sei es gebraucht worden. Zeuge Hüpeden hat von 1895 bis 1898 bei Hertel gearbeitet. Das Wasser habe gelblich ausgesehen und sei nie zum Trinken, wohl aber zum Baden gebraucht worden. Zeuge Hüpeden hat dreimal bei Hertel gearbeitet, 1891, 1892 und 1897. In Bezug auf das Wasser hätten ihm die vorigen Gesellen gesagt, daß das Brunnenwasser nicht zum Trinken sei, sondern nur zum Teigmachen. Es habe ein Krug da gestanden, in welchem sie sich das Trinkwasser in der Hügelsgasse geholt haben. Auch die Familie Hertel habe nur dieses Wasser zum Kochen und Trinken verwendet. Zeuge Hüpeden hat 1899 bei Hertel gearbeitet. Ueber die Verwendung des Brunnenwassers kann er nichts sagen. Angeklagter Joos fragt den Zeugen auf seinen Eid hin, ob er nicht den Verhandlungen dieses Verbandes beigewohnt, in denen die Mißstände in den hiesigen Bädereien besprochen wurden, um sie eventuell der Öffentlichkeit vorzulegen; der Zeuge bejaht das. Ob er denn dort nicht auch von der schlechten Beschaffenheit des Wassers und der Verabreichung zu Trinkwasser gesprochen habe. Auch das bejaht der Zeuge.

Wenn wir werden alle Zeugen bezeugt mit Ausnahme Hüpeden, da dieser möglicherweise Material zu dem Flugblatt

geliefert haben könnte. Zur Begründung der Anklage führt der Herr Staatsanwalt Böhm aus, der Kronzeuge Ludwig, Hüpeden, habe vollständig versagt. Die anderen Zeugen hätten von dem Wasser nicht getrunken, weil es ihnen von ihren Vorgängern gesagt worden sei. Es sei wunderlich, daß sie hinterher ihrer Entrüstung über das Wasser Ausbruch gegeben hätten. Hartes Wasser sei eben zum Trinken nicht geeignet, es sehe auch nicht so aus wie Quellwasser. Wenn die Familie Hertel das Wasser aus der Hügelsgasse mit benützt habe, so sei das aus Bequemlichkeit geschehen. Der Wahrheitsbeweis sei völlig mißglingt. Auch der Angeklagte Joos sei strafbar. § 21 des Preßgesetzes komme hier nicht in Betracht, sondern die Bestimmungen des Strafgesetzbuches. Er beantrage gegen jeden Angeklagten eine Geldstrafe von M. 50 und Tragung der Kosten. Der Anwalt des Nebenklägers Hertel, Herr Schwab, meint, daß der Bädermeister Hertel glänzend gerechtfertigt aus dieser Sache hervorgehe. Nichts sei bewiesen worden, das Bügegebäude sei nämlich zusammengebrochen, wenn er auch nicht behaupten wolle, daß die Angeklagten bewußt gefahndet hätten. Das Wasser sei nach amtlichen Gutachten frei von gesundheits-schädlichen Stoffen. Bezüglich des Strafmaßes beantrage er gegen Redakteur Joos eine Geldstrafe, dagegen wolle gegen Herrn Ludwig auf Gefängnis (!) erkannt werden, da eine Geldstrafe von ihm doch nicht getragen werde. Der Verteidiger beantrage Freisprechung beider Angeklagten, da der Wahrheitsbeweis wohl gelungen wäre. Nach einer längeren Selbstverteidigung des Angeklagten Joos setzt der Angeklagte Ludwig auseinander, wie sorgfältig die Behauptungen im Flugblatt gesammelt und geprüft worden seien. Von Lügen könne nicht die Rede sein. Auch die Behauptungen betreffs des Wassers bei Hertel seien erwiesen. Das Urteil lautete gegen Joos auf Freisprechung. Betreffs des Angeklagten Ludwig sei zu erwägen, daß es dem Gericht doch immerhin merkwürdig vorkomme, daß Herr Hertel das Brunnenwasser zum Baden verbraucht habe, trotzdem ihm bekannt sei, daß es nicht zum Trinken und Kochen zu verwenden sei, nicht gut schmeckt habe und häufig trübe gewesen sei. Deshalb sei das Gericht unter das beantragte Strafmaß gegangen und habe gegen Ludwig auf M. 40 Strafe erkannt. Außerdem seien Herrn Hertel M. 100 als Entschädigung zugebilligt. Die Veröffentlichung des Urteils habe in vier verschiedenen hiesigen Blättern zu erfolgen.

Wenn vier Zeugen unter Eid ausjagen, daß das Wasser seiner Reiskaffeeheit wegen schon jahrelang nicht zum Trinken verwendet werden konnte, so war es nach unserer Meinung auch zum Baden zu beanstanden. Die Beurteilung erscheint uns demnach sehr ansehnlich, und wird das letzte Wort über das Beharren des Herrn Bädermeisters wohl noch nicht gesprochen sein.

### Aus dem Innungslager.

Eine Haus- und Backstubenverordnung. Zu dem neuesten Nachwerk der Bremer Bäderinnung schreibt uns ein dortiger Kollege: „Den Innungsführern scheint das Gewissen zu schmerzen; sie fühlen sich schuldig an den Mißständen, welche beim Verkauf und bei der Herstellung der Backwaren zu Tage treten und schon so oft zu Klagen von Konsumenten- sowie Gesellenkreisen Anlaß gaben. Leider kann der Innungs-Vorstand nur den richtigen Weg nicht finden oder will ihn nicht betreten und ist die ganze Sache nur Kleinwerk für das Publikum. Wir müssen es uns versagen, auf den 17 Paragraphen umfassenen Verbotskatalog einzugehen und wollen deshalb nur ein paar Paragraphen einer Kritik unterziehen. Das Ganze atmet einen recht kleinlichen und reaktionären mittelalterlichen Geist, daß man glauben kann, die Leute hätten die letzten hundert Jahre verschlafen.“

Entweder die „Herren“ wollen mit ihrer Verordnung sagen, daß sie nicht jähig sind, aus den ihnen anvertrauten Lehrlingen tüchtige Gesellen zu machen, daß sie die Resultate ihrer Erziehung selbst so niedrig einschätzen, oder sie wollen sich in der Öffentlichkeit den Anschein geben, als wäre es ihnen jetzt plötzlich Ernst, einmal gründlich aufzuräumen mit all den Schweinereien. Nehmen wir das letztere an. Warum erkennt man da nicht unsere Forderungen voll und rückhaltlos an, dann wäre doch gleich eine Grundlage geschaffen, um weitere Fortschritte zu kommen; aber das ist natürlich teurer als so ein Lappen Papier mit einer Anzahl Paragraphen, die nur für die Gesellen Vorschriften enthalten, aber nicht für die „Herren im Hause“. Gehen wir zu einzelnen Paragraphen über!

1. „Jeder Geselle und Lehrling hat sich der größten Reinlichkeit zu befleißigen und in sauberer und ordentlicher Kleidung die Arbeit zu verrichten.“ Das nimmt sich für Lehrlinge besonders schon aus, die gar manchmal eine vierzehn- bis fünfzehnstündige Arbeitszeit haben und keinerlei Vergütung bekommen. Was die Gesellen anbelangt, so nehmen wir an, daß diese Bestimmungen nur für die „Gelben“ bestimmt sind; einem vernünftigen Menschen braucht man so etwas nicht erst dazuschreiben.

2. „Vor dem Teigmachen haben die damit beschäftigten Personen sich Hände und Arme gründlich zu reinigen.“ Das ist auch eine solche Selbstverständlichkeit, daß ihre Erwähnung nur eine Blamage für die Meister und ihre Lehrlingsauszubildeten ist. Aber sie wissen: „Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm.“

3. „Das Waschen ist nur in den dazu bestimmten Gefäßen vorzunehmen und sind alle zu demselben benutzte Gegenstände wieder sofort zu reinigen und zu beseitigen.“ Abgesehen von dem schlechten Deutsch können wir den Bädermeistern den guten Rat erteilen, den Gesellen Kost und Logis außer dem Hause zu geben und einen Wasch- und Umkleiraum zur Verfügung zu stellen, dann erledigt sich die Sache auch der nachfolgende Punkt, der vom Reinigen und Haarschneiden in der Backstube handelt. Ein weiterer verbietet das Rauhen und Rauchen von Tabak. Auch hier müssen wir unseren Meistern sagen: „Nicht! auch selber danach und schafft zunächst Spucknapfe in die Arbeitsräume!“

So geht's durch alle 17 Paragraphen hindurch und jeder bedeutet eigentlich für die Bädermeister eine moralische Ohrfeige.

Von der Bäderinnung in Freiburg i. Br. wurde die Prämierung der Gesellen für langjährige treue Dienste vorgenommen. Ganze elf Mann brachte man zusammen von circa 250 bei Innungsmeistern in Freiburg i. Br. Beschäftigten. Und wie wurden diese Leute für langjährige treue Dienste belohnt! Für 2 Jahre M. 5, für 5 Jahre M. 10, für 10 Jahre M. 15, für 15 Jahre M. 20 und für 20 Jahre M. 40. Also zwei Mark und fünfzig Pfennig jährlich, das macht pro Tag nicht einmal einen ganzen Pfennig! Wie viele Pfennige wurden aus diesen Beuten

herausgeschunden, und was gibt man ihnen? Freilich, ein papierenes Diplom bekamen die Deforzierten auch noch mit auf den Weg. Wie gut es bei den Freiburger Innungsbeamten sich arbeiten läßt, zeigt so recht deutlich die große Zahl der Deforzierten.

**Recht saubere Zustände** sind auf der „Wäckerherberge“ in Freiburg i. Br. zu verzeichnen. Dort müssen unsere arbeitslosen Kollegen hingehen, wenn sie Arbeit wollen, müssen ihre Geld verzehren, können dort auch logieren — aber wie! Schlechte Betten, kein Waschgeschirr, kein Handtuch; wenn sich die Kollegen waschen wollen, so müssen sie dies im Abort tun. Der Herbergswirt ist offenbar bestrebt, dafür zu sorgen, daß die Wäckerherberge nicht zu sehr verpöblich werden. Die Freiburger Wäckerinnung hat wohl ein schönes großes Haus gebaut, aber dieses ist jedenfalls zu nobel für die Wäckerherberge. Jetzt ist ein Damenordner in der Wäckerherberge einquartiert und für die Wäckerherberge überhaupt kein Platz mehr. Nun haben wir wohl an den Herbergsausschuß berichtet, aber man teilt uns nur mit, daß man sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen wolle, doch bis heute scheint man noch keine Zeit gefunden zu haben. Unsere arbeitslosen Mitglieder wissen ja, wohin sie sich zu wenden haben.

Also wir sehen, wie besorgt die Herren Meister um ihre Wäckerherbergen sind! Um Sachen, die sie garnicht angehen, kümmern sie sich immer. So zum Beispiel der Meister Herr Dittlerle, Gintertstr. 53, der vor Jahresfrist sein Geschäft aufgab, aber jetzt dem Verband besonders feindselig gesinnt erscheint. Er hat er nichtis dagegen, daß seine Gehülfen im Verband sind. Vor einigen Wochen suchte er nun auf dem Wäckermeister-Bermittlungsbureau einen neuen Gehülfen, erklärte aber, derselbe dürfe aber nicht im Verband sein. Der gute Mann hatte jedoch das Unglück, wieder einen Verbändler zu bekommen. Als nun der Arbeiter nach dem Lohne fragte, meinte Herr Dittlerle großmütig: „Ich will Dir sieben und noch eine halbe Mark geben; einem Verbandsbäcker würde ich bloß sieben Mark geben.“ Also ein Nichtverbandsbäcker bekommt A. 7,50 sowie Kost und Logis. Zum Beispiel gibt es zu zweien ein literförmiges Bier, und wenn der Meister Durst hat trinkt er auch noch mit; offenbar, damit der Gehülfe und der Stiff keinen Kauf kriegen. Warum der Herr Dittlerle keinen Verbandsbäcker mehr will, wissen wir. Vielleicht braucht aber das große Wäckermeisterlein die Organisierten auch als Kunstschaff nicht mehr. Wenn es so ist, uns kann's recht sein!

Eine Unverschämtheit ohnegleichen leistete sich der Wäckermeister Adolf Mahnich, Zamodje bei Rattowitz in der Herberge zu Katowitz. Er kam in dieselbe, um einen Gefellen für seinen Bruder zu holen, da aber jene Wude jedem Kollegen hierseits satfam bekannt ist, wollte keiner der Kollegen sich in dieses Elorado bemühen. Aus geringfügiger Sache schlug darauf der rohe Patron einem Kollegen mit der geballten Hand ins Gesicht, weil derselbe die Tür des Lokals vor ihm zumachte. Auf die Vorhaltungen des Herbergsvaters antwortete der seine Mann mit den gemeinsten Schimpfwörtern. Darauf lief er zur Polizei, welche ihm einen Gefellen verschaffen sollte, jedoch nur den Bescheid erhielt, daß die Polizei keinen Menschen zwingen könnte, in Arbeit zu treten, wenn er noch Geld besitzt. Der Staatsanwalt ist von diesem Vorfall schon in Kenntnis gesetzt worden. Wir werden über die in Aussicht stehende Gerichtsverhandlung berichten.

**Aus christlicher und gelber Werkstatt.**

**Aus Regensburg.** Ein Stridifag und kleiner Gemeindeführer berichtet dem Zeimutenonkel immer die neuesten selbst erfundenen Lügen von hier. Lügen, Verbrechen und Schwindeln geht eben leicht und besonders bei solchen, welche so gern einen Zweifel in unsere Reihen bringen möchten. Daß unter uns Regensburger Gehülfen dieses mit bestem Willen nicht erreichbar ist, dürfte der Berichterstatter doch schon einsehen gelernt haben, denn alle seine Bemühungen in den Zeimuten bringen nur ein wehleidiges Sächeln bei den Verbandsmitgliedern hervor. Ja, wir können ihm sogar beraten, daß wir sein Geschnur Geld export, da wir einmal weniger zu komischen Vorträgen zu gehen brauchen. Warum h's Berichterstatter überall über die hiesigen Gefellen und Barmärkerbäckerei so lamentieren? Wenn man Gefelle wäre, hätte man dieses nicht nötig!

**Ausland.**

**Internationales Sekretariat für Bäcker, Konditoren und verwandte Berufsgenossen.**

Adresse:

**O. Allmann, Hamburg 1, Besenbinderhof 57 (Gewerkschaftshaus).**

**Adressen der Landeszentralen:**

- Amerika.** F. H. Harzbecker, 161—163 Randolph Str., Chicago, Illinois.
- Australien.** D. Moon, Trades Hall, Sydney.
- Belgien.** J. Goossens, Gasmeterlaan 6, Gent.
- Böhmen.** Ferd. Jirasek, Rybní ulice C 693, I., Prag.
- Dänemark.** Z. Friis, Raadmansgade 40, IV., Kopenhagen.
- Deutschland.** O. Allmann, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57.
- England.** L. Tösch, 10 Lemann-Street, London E.
- Frankreich.** (Noch keine Adresse).
- Italien.** Pietro Premoli, Via Crocifisso 15, Mailand.
- Niederlande.** J. Grudsmid, Weesperstreet 31, Amsterdam.
- Norwegen.** Jons Nygaard, Youngsgaden 13, III., Kristiania.
- Oesterreich.** (Bäcker.) Franz Silberer, Kandlergasse 12, Wien 7.
- (Zuckerbäcker.)** M. Achaz, Gumpendorferstr. 89, Wien 6.

**Russland.** (Noch keine Adresse.)

**Schweden.** Anders Sjöstedt, Kungstengatan 51, Stockholm.

**Schweiz.** J. Stickel, Kapellenstr. 6, Bern.

**Ungarn.** Koloman Kardics, Rombach utza 6., II. st. 22, Budapest.

Die organisierten Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen wollen sich bei Arbeitsangebot nach einem anderen Lande an die Landeszentrale um Auskunft wenden, ob dem Antritt der Arbeit etwas im Wege steht und sie event. als Streikbrecher benützt werden sollen. Auch über die ortsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wolle man sich erkundigen, damit nicht Kollegen in ein anderes Land gelockt werden, um als Lohndrücker unter den ortsüblichen Bedingungen arbeiten zu müssen.

Auf das Zirkular des Sekretärs vom 3. September haben bisher die Landesorganisationen folgender Länder ihren Anschluss an das internationale Sekretariat erklärt: Belgien, Deutschland, Oesterreich (Bäcker), Oesterreich (Zuckerbäcker), Schweden und Schweiz.

**Das Internationale Sekretariat.**

**Schweiz.** (Verband der Lebens- und Genussmittelarbeiter.) Die Sektion der Bäcker hat sich an dem Kampfe für bessere Arbeitsbedingungen lebhaft beteiligt und vor allem in Chauxdefonds die Bewegung für die völlige Sonntagsruhe kräftig fortgesetzt! Das Schweizer Kleinkrautertum sträubt sich natürlich geradeso wie das deutsche gegen die geringste Verbesserung, und das Ideal einer Sonntagsruhe von Meisters Gnaden kann man z. B. in Neuenburg studieren. Die dortigen blauen Bäckergesellen — bei uns sind sie blau und gelb — hat man mit einer derartigen „Sonntagsruhe“ beglückt und lässt sie dafür in der Regel vom Freitagmorgen bis Sonnabend ununterbrochen durchschuften. Da stellt sich allerdings am Sonntagmorgen eine gewisse Ruhe ganz von selbst ein. In anderen Orten, Chur z. B., gibt es diese nominelle Sonntagsruhe noch nicht einmal. Da verlangten die blauen Gesellen wenigstens vier freie Tage im Jahre, um sich einmal ausschlafen zu können; sie wurden jedoch abschlägig beschieden. Nun werden sie mit einem Male mobil; aber erst wenn sie zusammenhalten lernen, kann ihnen unser Verband zu besseren Verhältnissen verhelfen.

**Kongress der Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie Belgiens am 18. Oktober in Brüssel.** Das Komitee der verschiedenen Fachvereinigungen der Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie in Verviers hatte zum 18. Oktober einen Kongress der Branchenvereine der Nahrungsmittelindustrie nach Brüssel einberufen. Zu demselben waren ausserdem eingeladen und erschienen vom Zentralkomitee der Gewerkschaften Belgiens der Genosse Bergmann-Brüssel und der internationale Sekretär für Bäcker und Konditoren Allmann-Hamburg. Dem Kongress ging eine Konferenz der Delegierten des Bundes der Bäcker voraus, auf welcher die Städte Brüssel, Gent, Antwerpen und Verviers mit fünf Delegierten vertreten waren. Auf dieser Konferenz wurden die zur Tagesordnung stehenden Punkte des Kongresses vorberaten und ausserdem beschlossen, dass sich der Bund der Bäcker Belgiens dem Internationalen Sekretariat anschliessen wird. Ferner wurde auf Anregung Allmanns beschlossen, im Bunde dahin zu wirken, dass alle demselben angehörigen Zahlstellen die Reiseunterstützung einführen sollen, um dann mit der Unterstützungsgemeinschaft der Bäckerverbände von Deutschland, Dänemark, Schweden, Schweiz und Oesterreich-Böhmen einen Gegenseitigkeitsvertrag eingehen zu können, welcher den reisenden Mitgliedern jener Verbände die Unterstützung in Belgien und den Mitgliedern des belgischen Bundes die Unterstützung in den angeführten Ländern sichert.

Nach Beendigung dieser Konferenz trat dann der Kongress im Rosen Blanch (Lokal), am Grossen Markt, zusammen. Vertreten waren auch hier nur die Städte Antwerpen, Brüssel, Gent und Verviers durch 15 Delegierte. In Antwerpen sind 140, Brüssel 150, Gent 200 und Verviers 850 Mitglieder der Fachvereine der Branchen der Nahrungsmittelindustrie. Die Organisationsverhältnisse sind also im ganzen Lande im Vergleich zu der in diesen Branchen tätigen Arbeiterzahl noch sehr traurig.

Genosse Allmann begrüßte die Delegierten bei der Eröffnung des Kongresses und gab ihnen ein anschauliches Bild über die Stärke und Leistungsfähigkeit des Verbandes der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. Redner verbreitete sich eingehend über die inneren Organisationsverhältnisse dieses Verbandes, führte den Delegierten die ausgedehnten Unterstützungseinrichtungen des Verbandes und die Erfolge bei den Lohnbewegungen vor Augen und verweilte längere Zeit bei den günstigen Erfahrungen, welche dieser Verband mit dem am 1. Juli 1907 erfolgten Zusammenschluss der früheren Verbände der Bäcker und Konditoren gemacht habe. Er überbrachte die Grüße der deutschen Kollegen und wünschte den Verhandlungen des Kongresses die besten Erfolge.

Nachdem die Delegierten aus den einzelnen Städten Bericht erstattet hatten über den Stand ihrer Fachvereine und darüber, welches grosse Agitationsgebiet in den einzelnen Städten noch zu bearbeiten ist, machte Genosse Bergmann vom Zentralkomitee den Vorschlag, dass sich die bestehenden Fachvereine zu einer Landesorganisation zusammenschliessen sollten. Wenn über diesen Vorschlag Einigkeit erzielt würde, sollte heute eine Kommission, zusammengesetzt aus den vier

Städten und allen in Frage kommenden Branchen, eingesetzt werden, welche in der Zeit von einigen Wochen ein Reglement für den gemeinsamen Verband ausarbeiten sollte. Die Delegierten von Verviers berichteten, dass schon seit längerer Zeit die Fachvereine der verschiedenen Branchen von Verviers ausserordentlich zufriedenstellend miteinander gearbeitet und sich gegenseitig zu gemeinsamer Agitation verbunden hätten. Im Gegensatz dazu kam das Verhältnis in Gent zur Sprache, wo ziemlich feindselige Verhältnisse zwischen dem Fachverein der Bäcker und den übrigen Branchenvereinigungen bestehen, und die ihre Ursache während die Fachvereine der übrigen Branchen nicht mit den Sozialisten zusammengehen wollen und sich neutral halten. Dieser Streit führte auch zu aufgeregten Szenen auf dem Kongresse selbst. Schliesslich aber einigten sich auf Zureden der Delegierten der anderen Städte auch die Vertreter der einzelnen Branchen von Gent und versprachen, alles daran zu setzen, um auch in ihrer Stadt einhellig und in gegenseitiger Unterstützung miteinander zu arbeiten.

Genosse Goossens, der Sekretär des Bundes der Bäcker Belgiens, führte aus, dass für die Bäckerbranche ja schon die lose Landesorganisation bestünde, und dass sich nun auch die anderen Branchen zu Landesorganisationen zusammenschliessen möchten, und die Zentrale dieser Landesorganisationen könnten ja dann gemeinsam miteinander arbeiten. Dem wurde entgegengehalten, dass dann auf dieser Basis keine Organisation so richtig leistungsfähig werden könne. Das Bestreben müsse sein, alle Vereine und alle Branchen des Landes (der Arbeiter und Arbeiterinnen der Nahrungsmittelindustrie: Bäcker, Zuckerbäcker, Zuckerwaren-, Schokoladen- und Pfefferkuchenarbeiter, desgl. Brauer und Müller) zu einem einzigen lebensfähigen Verbands zusammenschliessen mit einem einheitlichen Statut. Darüber setzte nun noch eine längere Diskussion ein, an der sich wiederholt die Vertreter der einzelnen Städte und Branchen beteiligten. Schliesslich wurde die Meinung dahin geklärt, dass sich alle Delegierten auf den Vorschlag des Genossen Bergmann einigten, und wurde einstimmig beschlossen: „Es soll aus den bestehenden Fachvereinen ein Bund der Arbeiter und Arbeiterinnen der Nahrungsmittelbranchen gebildet werden. In diesem Bunde soll eine einheitliche Unterstützungskasse für reisende und arbeitslose Kollegen eingeführt werden.“ Zur Ausarbeitung eines Reglements für diesen Bund und zur Festsetzung der Beiträge, welche an die Zentrale dieses Bundes abzuführen sind, wurde ein Komitee gebildet, bestehend aus Vertretern aller Branchen und aller Städte. Dieses Komitee soll in Kürze seine Arbeiten beenden und dann einer neu einzuberufenden Konferenz Bericht erstatten, in welcher dann endgültig über diese Fragen Beschluss gefasst werden kann.

Damit waren die Arbeiten des Kongresses beendet, und mit dem Wunsche des Vorsitzenden, nun gemeinsam an der Ausführung des angefangenen Werkes zu arbeiten, gingen die Delegierten auseinander. — Die Verhandlungen wurden wesentlich dadurch erschwert, dass in zwei Landessprachen: französisch und vlämisch, verhandelt und jede Rede erst übersetzt werden musste. Es ist dringend zu wünschen, dass auch in Belgien die noch so kleinen Organisationsanfänge der Nahrungsmittelindustrie Fortschritte machen!

**Finnland.** Helsingfors, 16. Oktober. Der Achtstundentag für die Bäcker wurde heute vom Landtag beschlossen. Zugleich ist eine Bestimmung angenommen worden, welche die Nachtarbeit in den Bäckereien verbietet!

Vom Deutschen Reichstage — ganz zu schweigen vom preussischen Landtage — werden die Depeschentabureaux nicht sobald in die Verlegenheit versetzt werden, eine ähnliche erfreuliche Nachricht der Welt übermitteln zu müssen! Die Finnländer scheinen die Herstellung der Nahrungsmittel nur unter gesunden Verhältnissen betreiben lassen zu wollen und haben auch gelernt, die Bäckereiarbeiter als Menschen anzusehen, welche auf Luft und Licht bei der Arbeit Anspruch haben. Dass die Bäckermeister dort zu Lande allerdings auch nur mit Widerstreben den Arbeiterforderungen entgegenkommen, geht aus einer anderen Notiz hervor, die die Runde durch die Meisterblätter macht und gleichsam zur Nachahmung anreizen soll. Sie lautet:

„Ein neuer Frauenberuf. In Helsingfors, der finnischen Hauptstadt, herrschte kürzlich ein teilweiser Bäckerstreik, der recht unangenehme Folgen hätte haben können. Da kamen die Meister zu dem Entschluss, junge Mädchen einzustellen. Der Versuch fiel sehr günstig aus. Die Mädchen lernten ausserordentlich schnell, sind sauber und arbeitsam, so dass sie vermutlich dauernd in dem neuen Beruf bleiben. In Finnland ist das nicht mit einer Lohndrückerei verbunden, da bei der Gleichberechtigung der Geschlechter, die dort wie in keinem europäischen Staate hervortritt, die Frau in der gleichen Stellung auch das gleiche Gehalt des Mannes bezieht. Gerade in der letzten Zeit hat sich dort die Frau einen Beruf nach dem anderen erobert. Namentlich ist sie auch in die Landwirtschaft eingedrungen. In einer der grössten Helsingforser Bäckereien sind zur Zeit nicht weniger als 24 Gehülfinnen angestellt.“

Mit Hilfe der Frauen versucht man also, die Forderungen der Arbeiter jetzt auch in den Bäckereien zu hintertreiben, und heuchlerisch setzt man hinzu: dies bedeute keine Lohndrückerei! Warum dann aber die Arbeiterinnen vorgezogen werden, verraten die Herren nicht. Von der Gleichberechtigung der Geschlechter zu reden, ist in diesem Falle nur eine zynische Unternehmerrfrechheit!

Briefkasten der Redaktion.

W. W. Welten, und andere. Ueber das Zirkular des Hauptvorstandes vom 8. Oktober, gerichtet an die Mitglieder in den Konsumvereinen und in den Genossenschaftsbäckereien...

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verw. Berufsgenossen Deutschlands (E. H. 42).

Allen Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß auf Grund der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde sowie der Bescheinigung des Reichsfänglers der von der Generalversammlung in Halle a. d. S. beschlossene Nachtrag mit einigen auf Veranlassung der Aufsichtsbehörde vorgenommenen Abänderungen in nachstehender Fassung ab 1. November 1907 in Kraft tritt...

1. Nachtrag zu dem anderweit revidierten Statut.

Artikel 1. Im § 1, 1. Zeile 6, tritt an Stelle der bisherigen Fassung folgende: Die Kasse hat ihren Sitz und ordentlichen Gerichtsstand in Dresden.

In Rechtsstreitigkeiten ist nur das Gericht am Orte der Kasse zuständig.

In Rechtsstreitigkeiten ist nur das Gericht am Orte der Kasse zuständig.

Artikel 2. Im § 2, 1., und im § 5, 6., tritt an Stelle „45. Lebensjahr“ — „50. Lebensjahr“.

Artikel 3. An Stelle der bisherigen Beitragskala im § 6, 3. Absatz 2, tritt folgende:

Table with 2 columns: Contribution level and amount. 1. Klasse monatlich ... M. 2,50, 2. ... 2,30, 3. ... 2,10.

Artikel 4. Der § 6 erhält als Ziffer 10 folgenden Zusatz: Im Falle der Erwerbsunfähigkeit werden Beiträge während der Unterstützungsdauer nicht erhoben.

Artikel 5. Im § 7, 2. b) tritt an Stelle der bisherigen Bestimmung folgende: Im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom Tage nach der Erkrankung ab für jeden Tag, Sonn- und Feiertage eingerechnet, ein Krankengeld für Mitglieder der 1. Klasse M. 1,90 wöchentlich M. 13,30

2. ... 1,75 ... 12,25

3. ... 1,60 ... 11,20

Artikel 6. Im § 14, 1. Zeile 2, werden die Worte: „im Laufe des 2. Quartals“ gestrichen.

Artikel 7. Im § 15, 1. Zeile 1, tritt an Stelle „aus“ — „Juni“.

Artikel 8. Im § 20, 1., tritt an Stelle „Deutsche Bäderzeitung“ — „Deutsche Bäder- und Konditoren-Zeitung“.

Artikel 9. Die Bestimmungen dieses Nachtrages treten mit dem 1. Oktober 1907 oder, wenn bis dahin die Genehmigung noch nicht erfolgt sein sollte, mit dem 1. des auf die Genehmigung durch die höhere Verwaltungsbehörde folgenden Monats in Kraft.

Dresden, den 29. Juli 1907.

Carl Böttcher, Vorsitzender.

Karls Hönig, stellvertretender Vorsitzender.

Nr. 1907 IV.

Die unter dem 13. November 1884 als eingetragene Gesellschaft zugelassene und unter Nr. 42 des Registers eingetragene Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verwandten Berufsgenossen Deutschlands (E. H.) in Dresden wird hiermit auf Grund des § 75a des Handelsrechts-Gesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 10. April 1892 (Reichs-Gesetzl. S. 379) neu neu beschworen, daß sie, vorbehaltlich der Gültigkeit des Handelsgesetzes, den Anforderungen des § 75 des Handelsrechts-Gesetzes genügt.

Dresden, den 11. September 1907.

(L. S.) Königl. Reichshandlungsmannschaft.

Dr. Kämpel.

Der unter dem 11. September 1907 als eingetragene Gesellschaft zugelassene Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verwandten Berufsgenossen Deutschlands (E. H.) in Dresden wird hiermit auf Grund des § 75a des Handelsrechts-Gesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 10. April 1892 (Reichs-Gesetzl. S. 379) neu neu beschworen, daß sie, vorbehaltlich der Gültigkeit des Handelsgesetzes, den Anforderungen des § 75 des Handelsrechts-Gesetzes genügt.

Berlin, den 26. September 1907.

(L. S.) Der Reichsfängler.

H. A. H. 1406. J. H. Götter.

Bestehende Bescheinigung ist in Seite 1 der Nr. 239 des Deutschen Reichs-Anzeigers vom 7. Oktober 1907 bekannt gemacht.

Verbandsnachrichten.

Schankung des Verbandsvorstandes.

Alle unsere Mitglieder fordern wir auf zu reger und planmäßiger Agitation mit dem an die Zahlreichen und Einzelmitglieder des Verbandes geschickten Agitationsmaterial! Wenn alle Mitglieder hierin ihre Pflicht tun, muß uns diese Agitation wieder Tausende neuer Mitglieder bringen!

Der unter dem 11. September 1907 als eingetragene Gesellschaft zugelassene Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verwandten Berufsgenossen Deutschlands (E. H.) in Dresden wird hiermit auf Grund des § 75a des Handelsrechts-Gesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 10. April 1892 (Reichs-Gesetzl. S. 379) neu neu beschworen, daß sie, vorbehaltlich der Gültigkeit des Handelsgesetzes, den Anforderungen des § 75 des Handelsrechts-Gesetzes genügt.

bestellung, da noch ein kleiner Vorrat in der Hauptverwaltung davon vorhanden ist.

Laut Mitteilung unseres Bruderverbandes in der Schweiz haben es in letzter Zeit wieder unsere Ortsverwaltungen in München und Konstanz fertig gebracht, von Mitgliedern unseres Verbandes, die sich jetzt in Schweizer Städten in Stellung befinden, Beiträge entgegen zu nehmen und diesen Kollegen Marken zu senden. Das ist geschehen, trotzdem wir wiederholt darauf aufmerksam gemacht haben, daß es unzulässig ist, daß wir in einem anderen Lande mit eigenem Zentralverband Mitglieder haben können, sondern diese Mitglieder sind darauf hinzuwirken, daß es ihre Pflicht ist, zu der Organisation dieses Landes überzutreten und darin als Mitglieder zu bleiben und für die Ausbreitung jenes Verbandes mitzuwirken, solange sie in diesem Lande arbeiten. Bei dann wieder zu erfolgender Uebertritt in unseren deutschen Verband wird unseren Mitgliedern die Zugehörigkeit zu jenem Verbande voll als Mitgliedschaft angerechnet. — Wir verweisen an dieser Stelle nochmals ausdrücklich darauf, daß es keiner Zahlstelle unseres Verbandes gefaltet ist, in einem Lande Mitglieder zu haben, für welches ein eigener Zentralverband besteht. Es dürfen infolgedessen auch keine Beiträge von solchen Kollegen entgegengenommen werden.

Der Verbandsvorstand. D. Allmann, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 14. bis 20. Oktober gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beiträge ein:

Für Monat September: Mitgliedschaft Altenburg M. 30,40, Bremerhaven 68,30, Halle 159,40, Hildesheim 27,90, Simeburg 29,80, Gölzig 21,40, Rosdorf 34,20, Schönebeck 27,30, Zeitz 52,60, Straßburg 25,20, Mainz 186,15, Wiesbaden 208,15, Walsenburg 35,50, Grimminichau 24,40, Blauen 55,40, Dessau 56, Danzig 256,50, Homburg v. d. H. 66,20, Gera 83,50, Segeberg 37,20, Brandenburg 33,60, Harburg 81, Gotha 41,20, Weiskammer 13, Forst 22,10, Rudolstadt 32,10, Straubing 92, Apolda 45,60, Schwabach 36,80, Augsburg 58,30, Ertregau 19,60, Königsberg 37,80, Dresden 1628,85, Jena 26,70, Effen (Nachtrag) 219,40.

Für August und September: Deggendorf M. 18,10, Regensburg 236,80.

Für Juli bis September: Halberstadt M. 78,10.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: J. B. Siegen M. 1,50, G. J. Burg 5, J. R. Warmbrunn 5, R. B. Alfeld 50, J. S. Salsig 6, R. W. Malmö 2,50, G. W. Friedrichshafen 10, J. J. Gothenburg 10, R. B. Mundeßheim 1, R. G. Arenhöpfe 5, G. J. Langenmünde 5.

Für Abonnements und Annoncen: Zentr.-R.-A. Düsselhof M. 9,60, Zentr.-R.-A. Offenbach 4,80, Section Bochum — 60, J. S. Bremerhaven 1,50, Mitgliedschaft Jena 1.

Mit der Abrechnung für Monat September an die Hauptkasse relieren die Mitgliedschaften: Göttingen, Weizung, Wöhrburg, Neumünster, Pöhlitz und Weiskammer.

Für August und September sind im Rückstand: Göttingen, Elmhorn und Pirna.

Der Hauptkassierer. Fr. Friedmann.

Aus den Bezirken.

Achtung, reisende Verbandskollegen!

Die Adresse des Reichensmannes in Konstanz (Baden) ist: Ferd. Buecherl, Braumeggasse 37. Dortselbst wird auch die Unterstüzung ausbezahlt.

Anzeigen.

Mitgliedschaft Dresden.

Schluss der Konditoren, Schokoladen- und Zuckerwaren-Arbeiter und Arbeiterinnen.

Mittwoch, den 30. Oktober, Abends 8 Uhr:

Mitgliederversammlung

im Lokal „Triana“, Schützenplatz.

Tagesordnung: 1. Alkoholismus und Gewerkschaftsbewegung. 2. Debatte. 3. Gewerkschaftliches.

[M. 2,40] Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker und verw. Berufsgenossen Deutschlands (E. H. 42).

Deutsche Verwaltungsstelle Elberfeld-Barmen.

Unsere werthen Mitglieder, den Herren Apothekern, Herren usw. zur gefl. Kenntnisnahme, daß die Geschäfte unserer Kasse mit dem heutigen Tage an Herrn Georg Pommet, Barmen, Hönigstr. 27, übergehen, und bitten wir, sämtliche Kassengeschäfte fortan bei Herrn Pommet zu erledigen.

Elberfeld-Barmen, den 21. September 1907.

[M. 39,0] J. H. Robert Götte.

Unsere Kollegen Hensler nebst seiner lieben Braut die besten Wünsche zur Verlobung!

[50 4] Mitgliedschaft Freiburg i. Br.

Unsere lieben Kollegen Hermann Bortz nebst seiner lieben Braut zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche!

Die Arbeiter der Drahtfabrik Karold, Friedmann.

[M. 1,20]

Unsere Kollegen Albert Arzt nebst seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung!

[M. 1,40] Die Konsumbäder Flamen I. V.

Eine gangbare Bäckerei mit Futtermittelhandlung in zu verpachten ebent. zu verkaufen. [M. 1,50] Genthin, Mühlenstr. 6.

Achtung! Den Bäckergehülften von Stuttgart und Umgebung empfiehlt der Unterzeichnete sein Grosses Lager in Herren- und Knabenkleidern wie auch in Berufskleidung.

Größte Auswahl. Eigene Fabrik. Jakob Süsskind, Marktstr. 3. Stuttgart's größtes und billigstes Konfektionsgeschäft. Begründet 1865. — Telephon 5121 u. 2821.

Stommes Städtebuch. Reiseführer d. Deutschl. und angr. Länder mit Eisen- u. Wegeskarte, 856 Seit., geb. M. 1,20. In allen Buchhandlungen zu haben ob. geg. Einsendung v. M. 1,40 bei G. Stomke, Bielefeld.

Allen Münchener Bäckergehülften empfiehlt sich zur Anfertigung von Herrengarderoben aller Art in jeder Preislage — für eleganten Schnitt und Sitz weitgehendste Garantie — Georg Prem, Wallerstr. 21, 1. Et., Rgb.

Gesucht allerorts Herren, welche Vertretung hohelieg. Neuheiten nebenbei übernehmen. Hoher Verdienst. Erstklassige Weihnachtartikel. Auskunft vollständig kostenlos. Herm. Wolf, Jivickau i. Sa., Nordstr. 30. [M. 1,50]

Wo treffen sich die Kollegen von Elberfeld-Barmen? Bei Daudistel, Bachstr. 83.

Zur Beachtung! Heute ist der 44. Wochenbeitrag (27. Oktober bis 2. November) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

Sonntag, 27. Oktober: Grimmitzschau: Nachm. 3 Uhr in der Zentralherberge. — Eisenach: Nachm. 2 1/2 Uhr „Frühe Quelle“, Alexanderstraße. — Hainburg-Altorna: Nachm. 2 Uhr, gemeinschaftliche Mitglieder-versammlung im Gewerkschaftshaus. — Hemmingdorf: Nachm. 4 Uhr bei Tegmann. — Nürnberg: Nachm. 2 Uhr, gemeinschaftliche Quartalsversammlung im „Historischen Hof“.

Dienstag, 29. Oktober: Darmstadt: Nachm. 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Bismarckstraße 19. Referent: Kollege Dengel. — Mainz: Nachm. 2 1/2 Uhr bei Thiele, Brandt 17. Referent: Arbeitersekretär Partienkirchen.

Mittwoch, 30. Oktober: Straßburg i. E.: Bei Schwab, Alte Kornstraße 1.

Sonntag, 2. November: Magdeburg: (Konditoren) Abends 8 Uhr im „Zachsenhof“. — Nürnberg: (Konditoren) Abends 8 1/2 Uhr im „Historischen Hof“.

Sonntag, 3. November: Brandenburg: Nachm. 2 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Holtenweberstraße. — Braunschweig: Nachm. 2 1/2 Uhr in Stegers Bierpalast, Stobenstraße. — Düsseldorf: Vorm. 11 Uhr bei Gwahl, Breitestr. 15. — Elmhorn: Nachm. 4 Uhr bei Meyer, Flammweg 26. — Effen a. d. R.: Nachm. 3 Uhr bei v. d. Loo, Schützenbahn. — Forst i. d. L.: Nachm. 3 Uhr bei Rielke, Bahnhofstraße. — Frankfurt a. M.: (Fabrik- und Tagesbäcker) Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Frankfurt a. d. O.: Nachm. 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Oberstr. 51. — Gerstfurt: Nachm. 2 Uhr bei F. Blö. — Gölzig: Nachm. 2 Uhr im „Goldenen Kreuz“, Langenstr. 43. — Hannover: Nachm. 3 Uhr in Biedraut's Hotel, Knochenhauerstraße 1. — Hildesheim: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Gohlstraße 23. — Kiel: Nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Fährstraße. — Lübeck: Nachm. 3 Uhr im Vereinshaus, Johannisstr. 60. — Neufelwit: Nachm. 3 Uhr im „Gahhaus zum deutschen Kaiser“ (Verkehrslokal). — Plauen i. V.: Nachm. 2 Uhr im Schillerparken. — Rudolstadt: Nachm. 2 Uhr im „Gomdrinus“. — St. Johann a. d. E.: Nachm. 2 Uhr im „Tivoli“, Gerberstr. 26. — Schwerin: Nachm. 3 Uhr bei Eldenburger, Apothekerstr. 5. — Weiskammer: In Teuchern.

Für die Redaktion verantwortlich: J. Weidert, Hamburg, Beckenhof 57. — Verlag von D. Allmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Kuer & Co. in Hamburg